

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Lisa Herzog: Freiheit gehört nicht nur den Reichen – Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus.

München: C.H. Beck 2013, 207 S., ISBN: 978-3-406-65933-1



Lisa Herzog beginnt ihr Buch, das in sechs Kapitel eingeteilt ist, mit der Frage, ob man heute überhaupt noch „liberal sein“ möchte. Ebenfalls in der Einleitung klärt Herzog über die Begriffe Liberalismus und Freiheit auf und im ersten Kapitel unter anderem über das „Bild vom guten Markt“. Das Menschenbild des Liberalismus, die verschiedenen Facetten von Freiheit, im Sinne von „Markt“ und „Staat“ vor dem Hintergrund des Begriffs der „sozialen Gerechtigkeit“ sind Inhalt der folgenden Kapitel. Im vierten Teil des Buchs geht es der Autorin um die Defizite des Liberalismus bei den sozialen Strukturen sowie um formelle und informelle Machtstrukturen. Ein Unterkapitel fällt mit dem Titel „Umbau auf hoher See“ auf. Im vorletzten Kapitel geht es um die Themen Umwelt, die Frage nach einem höheren Maß an Zufriedenheit durch „Umsteuern“ sowie um den Sinn des Ganzen und die Frage nach dem „Rest der Welt“. Zu guter Letzt beschließt Herzog das Buch mit einem Ausblick auf einen „zeitgemäßen Liberalismus“ und dessen wichtigste Aufgabe im 21. Jahrhundert.

Herzog befasst sich in ihrem Buch mit den klassischen Themenbereichen des Liberalismus sehr gut verständlich, ausführlich und kritisch, also mit der Definition des Begriffs Freiheit, mit den klassischen Denkern und deren Bild des liberalen Menschen sowie mit dem Thema Märkte. In einen neuen liberalen Kontext bringt sie die Themen soziale Gerechtigkeit und soziale Strukturen sowie Umwelt und die Endlichkeit natürlicher Ressourcen. Positiv fallen nach den eher bekannten Aussagen in den ersten Kapiteln über die verschiedenen Freiheitsbegriffe und die klassischen Ideengeber des Liberalismus die Auseinandersetzungen in den Kapiteln III-V auf. Zum Beispiel konstatiert die Ökonomin Herzog, dass es ein Irrtum ist, den „homo oeconomicus“ als Menschenbild des Liberalismus zu bezeichnen, er sei lediglich ein Denkmodell (S. 26). Herzog stellt kritische Fragen zum „Verdienst“ im Markt (S. 83) und daran anschließend fest, dass die Rahmenbedingungen der Märkte anders gestaltet werden müssen, damit die positiven Kräfte von Märkten wieder im Vordergrund stehen, zum Beispiel mit mehr Wettbewerb im Sinne von Übernahme von Eigenverantwortung für Verluste in der Finanzwelt oder der Fragestellung, womit Geld wirklich „verdient“ werden soll. Systematisch zeigt sie auf, dass die derzeitige ökonomische Wirklichkeit wesentlich komplexer ist als die ordoliberalen Zuordnung Marktwirtschaft vs. Staat erklären kann, welche deshalb weniger denn je funktioniert. Sie geht mit dem „alten Liberalismus“ hart ins Gericht und setzt sich damit auseinander, dass der vielbeschriebene freie Markt nichts über die Freiheit sagt, ein selbstbestimmtes Leben führen zu können: „Die Märkte sind vielleicht frei, aber die Menschen darin haben unterschiedliche Macht und damit auch unterschiedliche Freiheit.“ (S. 105)

Herzog beschreibt kritisch den liberal-ökonomischen Tunnelblick auf das Thema Freiheit und die daraus folgende Verzerrung des Begriffsverständnisses. Im Kapitel „Liberalismus ohne Endlichkeit“ setzt sich Herzog kritisch mit dem Begriff Wachstum und dessen Bedeutung für Natur und Umwelt auseinander: „Das Ziel muss sein mit dem Liberalismus gegen ein verkürztes Bild des Kapitalismus zu arbeiten und das Versprechen auf Selbstbestimmung auch

in Bezug auf die Wirtschaft einzulösen, individuell und kollektiv und innerhalb der Grenzen der natürlichen Welt.“ (S. 143 f.)

Analysiert werden in diesem Kapitel auch die veränderten Herausforderungen in der heutigen Arbeitswelt und die Frage, „wie die Arbeitswelt im Hinblick auf ein möglich selbstbestimmtes Leben der Einzelnen gestaltet werden sollte“ (S. 143). Ihre Frage „Wozu das Ganze?“ (S. 157) zielt auf die Sinnfrage des unaufhörlichen Immer-Mehr-Wollens, das immer mehr einem „Rattenrennen“ (S. 157) gleiche. „Ein Wirtschaftssystem aber, das den Einzelnen kaum noch Zeit außerhalb des Jobs lässt, ist mit dem liberalen Ideal einer Gesellschaft, die ein *selbstbestimmtes* Leben ermöglicht, nicht vereinbar“ (S. 167), so Herzog. Deshalb schlägt sie eine „öffentliche Diskussion“ der Frage vor, „welche Lebens- und Arbeitsformen in unserer Gesellschaft einen Platz haben sollten“ (S. 169), denn das „Kräftespiel am Arbeitsmarkt“ (S. 168) könne keine Antworten liefern.

Herzog geht im Folgenden auch auf den „Rest der Welt“ (S. 16) insofern ein, dass im liberalen Sinne alle Menschen ein Recht darauf haben, ihr Leben selbst gestalten zu dürfen. Allerdings werden viele, so Herzog, durch Ausbeutung daran gehindert. Laut Herzog tragen viele reiche Länder die Verantwortung dafür, dass „(e)igentlich wohlmeinende Kunden im Westen (...) zu schweigenden Mittätern in diesem System (werden), dessen Komplexität für den Einzelnen kaum überschaubar ist.“ (S. 174) In diesen Kontext passt Herzogs Kritik an „der problematischen Haltung mancher liberaler Denker“, nämlich „strukturelle Probleme fälschlicherweise einzelnen Individuen zuzuschreiben.“ (S. 163)

Insgesamt jedoch können Herzogs absolut interessanten Ausführungen zu einem zeitgemäßen Liberalismus das klare und erfreulich provokante Niveau des Statements im Buchtitel nicht einhalten, leider auch die im „Schluss“ (S. 178) nicht. Nicht nur bleiben viele Folgerungen recht schwammig, sondern es fehlt am Ende auch eine präzise Aussage, wie denn nun, im Sinne des Buchtitels, auch Nicht-Reiche frei sein können. Der Vorschlag „(d)en Liberalismus mitsamt seiner Wirtschaftsordnung dorthin zu entwickeln, wo wir ihn haben wollen“ (S. 182) hört sich zwar vielversprechend an, eignet sich aber eher als Überschrift eines weiteren Kapitels, als zu einem Schlusssatz dieses Buches.

Berlin

Silke Adam

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Otfried Höffe: Kritik der Freiheit. Das Grundproblem der Moderne.

München: Verlag C.H.Beck 2015, 398 S., ISBN: 978-3-406-67503-4



An der Freiheit entscheidet sich das Gelingen moderner Gesellschaften. Dass der Freiheit Widersprüche innewohnen, die sie in Unfreiheit umschlagen lassen und eine selbstbestimmte Bindung nahelegen, gehört zum Selbstverständnis und zur permanenten Neujustierung der Moderne. Die Selbstzerstörungskräfte der Freiheit und die Bedrohung freiheitlicher Gesellschaften durch autoritäre Regime und internationalen Terrorismus bewegen auch in der Gegenwart Philosophen, Sozial- und Rechtswissenschaftler zu einem Reflexionsprozess, der sich eine kritische Neuvermessung der Freiheit zum Ziel setzt. Liberalkonservative wie Udo Di Fabio oder Linksliberale wie Lisa Herzog widmen sich in ihren griffigen Essays der Freiheitsproblematik in der Moderne und reden einer – aus unterschiedlichen Perspektiven gedeuteten – Neubesinnung des Liberalismus das Wort, der bei ihnen freilich historische Tiefenschärfe vermissen lässt.¹ Fundierter hingegen setzt sich der Sozialphilosoph Axel Honneth mit einem an Hegel orientierten vielschichtigen Freiheitsbegriff auseinander und arbeitet daraus eine der sozialen Freiheit verpflichtete Gerechtigkeitstheorie heraus.²

Der Tübinger Emeritus Otfried Höffe sieht sich nun in seiner jüngsten Publikation einer liberalen Freiheitstradition im Sinne Kants verpflichtet, die er in kritischer Hinsicht weiterentwickeln möchte. Freiheit ist für ihn Bestandteil der menschlichen Natur; doch erst in der Moderne sei sie durch ihre politische und soziale Universalisierung zur höchsten Geltung gekommen. Im Zentrum seines ambitionierten Parforceritts steht die Absicht, die Moderne mit Hilfe des Prinzips Freiheit neu zu vermessen. Dabei bedient er sich durchgehend eines so einfachen wie einleuchtenden dialektischen Dreischritts: Freiheit in normativer Hinsicht als Vision von Vernunft, Aufklärung und Emanzipation; Freiheit in empirischer Hinsicht, die antithetisch bei ihrer Realisierung Widersprüche und Aporien in sich berge; und schließlich ein aus dieser Erfahrung erneuertes Projekt Freiheit, das synthetisch zu einem „aufgeklärten Liberalismus“ führe. Auf diese Weise tastet Höffe die Moderne nach Freiheitspotentialen und Selbstgefährdungen ab und bedient sich dabei einer judikativen Kritik des unparteiischen Abwägens von Argumenten und Gegenargumenten. Über das Ergebnis dieser Suchbewegung lässt er von Beginn an keinen Zweifel: die Rehabilitation bzw. Reformulierung von Freiheit und Moderne gegen ihre postmodernen Skeptiker.

Höffe sieht sich in der Tradition einer „wahrhaft praktischen und politischen Philosophie“ (S. 11). Er hat zahlreiche Bücher über Ethik, Rechts- und Staatsphilosophie verfasst und sich mit Aristoteles, Kant und Rawls auseinandergesetzt. Mit seiner jüngsten Arbeit greift er in-

¹ Udo Di Fabio: Die Kultur der Freiheit, München 2005; Lisa Herzog: Freiheit gehört nicht nur den Reichen. Plädoyer für einen zeitgemäßen Liberalismus, München 2013.

² Axel Honneth: Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit, Frankfurt a. M. 2011.

tensiv auf frühere Studien zurück mit dem Ziel, eine umfassendere Theorie zu entwerfen. In fünf Bereichen wägt er Freiheitsverluste und -gewinne in der Moderne sorgfältig ab.

Erstens würdigt Höffe die „Freiheit von Naturzwängen“ durch die Leistungen der Technik und Medizin und durch die innere Kultivierung des Menschen mittels einer kosmopolitischen Erziehung zur Freiheit, ohne dabei die Gefährdungen durch technische Großrisiken und die Ambivalenzen der medizinischen Möglichkeiten bei Lebensanfang und -ende zu unterschlagen. Zudem weist er auf die dem Freiheitsgewinn inhärenten Widersprüche hin: den Zwang zu mehr Entscheidungen und die Konkurrenz von Freiheitsansprüchen. Im zweiten Bereich über „Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft“ plädiert Höffe für einen bereits von Adam Smith bis Richard Rorty sozial und moralisch sensibilisierten Liberalismus. Dieser „aufgeklärte Liberalismus“ rechnet empirisch mit der Natur des Menschen als Konflikt- und Kooperationswesen, vertritt normativ einen legitimatorischen Individualismus, verbindet moralisch-politisch den demokratischen Rechtsstaat mit dem freien Spiel der Kräfte und folgt dem „sozialethischen Prinzip der Subsidiarität“ (S. 117). Vor dieser Folie lobt Höffe die Innovationsfähigkeit und Wohlfahrtsförderung des freien Marktes, dem der Staat allenfalls Rahmenbedingungen setzen könne, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden und nichtökonomische Güter wie Menschenrechte und Kunst dem Markt zu entziehen. Eine „ökosoziale Marktwirtschaft“ (S. 144) schaffe Generationengerechtigkeit, ohne Freiheit aufzugeben. Höffe fordert die Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates zum „freiheitsverpflichteten Sozialinvestitionsstaat“ (S. 168), in dem soziale Gerechtigkeit der Freiheit untergeordnet sei. Merkmale einer freien Gesellschaft seien schließlich Offenheit, Pluralismus und Toleranz sowie Bürgertugenden, die Markt und Demokratie um eine aktive Bürgergesellschaft erweitern.

Nachdem Höffe in einem dritten Bereich vor allem die Freiheitsleistungen von Wissenschaft und Kunst als Ausdruck freier Gesellschaften herausgestellt hat, widmet er sich in einem umfangreichen Abschnitt der politischen Freiheit. Diese sei – und auch hier werden ihm die meisten Leser umstandslos zustimmen – nur als Freiheitseinschränkung möglich, gerade um negative und positive Freiheitsrechte zu sichern und um Grundgüter wie Friedensordnung und Menschenrechte einer Mehrheitsentscheidung zu entziehen. In der Selbstorganisation des Zusammenlebens einer konstitutionellen Demokratie sieht er einen „uneinholbaren Legitimationsvorsprung“ (S. 241), ohne dass er die prekären Züge (Tyrannei der Mehrheit, Parteienproblematik) verschweigt. Ihm schwebt eine Weiterentwicklung zu einer aufgeklärt liberalen, partizipativen Demokratie vor, in der sich die Bürger freiwillig selbst organisieren und deliberativ um Entscheidungen ringen. Anhand dreier Felder (Datenschutz, Rechtsstaat, Medien) erörtert Höffe die Chancen und Gefahren von Freiheitsrechten und damit die Aporie der Freiheit selbst. Mit Blick auf die Globalisierung hält er zum einen am Nationalstaat als politischem Grundakteur zur Bewahrung von Freiheit und Demokratie fest, regt zum anderen aber eine subsidiär und föderal aufgebaute Weltrechtsordnung an, die den Bedingungen des freiheitlichen Zusammenlebens und einer demokratischen Rechtsordnung entsprechen müsse. Vom philosophischen Höhenkamm aus fordert er so blumig wie auch allgemein einen „patrotisch eingefärbten Kosmopolitismus und kosmopolitisch getränkten Patriotismus“ (S. 318). Im letzten Abschnitt wirft Höffe den Leser auf die personale Freiheit zurück, die er entgegen der Freiheitsskepsis der Hirnforscher für denkmöglich und realitätsgerecht hält, weil der Mensch selbst anerkannten Gründen folgen könne. Dieser sei dazu befähigt, sein Eigenwohl zugunsten moralischer Verbindlichkeit zurückzustellen und sich als Freiheits- und Verantwortungswesen zugleich zu erweisen. Freiheit habe, so schließt Höffe seine Ausführungen, ihren Preis, weil sie mit ihrer wachsenden Verwirklichung zu immer mehr Entscheidungen zwingt und die Last der Ungewissheit nach sich ziehe. Dennoch, so das eindeutige Schlussplädoyer, seien Freiheit und Moderne alternativlos, bedürften aber immer wieder kritischer Erneuerung.

Höffe hat in seiner Darstellung das weite Feld der Freiheit als Grundproblem der Moderne mit stupender Gelehrsamkeit abgesprochen und in vielen seiner Verzweigungen differenziert

verfolgt. Sein Urteil zu den einzelnen Problemkreisen ist diskursiv und abwägend, und stets gibt er sich als Verfechter einer reflektierten Freiheit und eines aufgeklärten Liberalismus zu erkennen. Der universale Blick von oben geht freilich auf Kosten von Problemvertiefungen und neuen Einsichten. Vieles bleibt vage, manches wie zum Beispiel die Ausführungen zum Liberalismus gar banal. Wenn er in Anlehnung an die Stoa Gelassenheit in der Lebensführung jenseits materieller Interessen, einen „Seelenfrieden in Heiterkeit“ (S. 369) empfiehlt, dann ist dies durchaus sympathisch, bleibt aber appellativ und richtet sich vor allem an ein ökosozial sensibilisiertes liberales Bildungsbürgertum.

Höffes großangelegter Essay, dessen Titel mit seiner Anlehnung an die drei großen Kritiken Kants hohe Erwartungen weckt, leistet keine innovative systematische Grundlegung des Prinzips der Freiheit in der Moderne, sondern geht methodisch und inhaltlich eklektizistisch vor, so dass wir wenig Überraschendes und Neues erfahren. Geradezu ärgerlich ist mitunter die kleinteilige und mehrstufige Gliederung innerhalb der ohnehin schon kurzen Kapitel in Punkte und Unterpunkte. Diese führt nicht nur zu Redundanzen, sondern erschwert gerade die Orientierung im Argumentationsgeflecht, in dem selbst der Autor zuweilen die Übersicht verliert. So legen wir das Buch mit dem Eindruck aus der Hand, einiges über die komplexe Problemlage von Freiheit und Moderne erfahren zu haben, das uns so einleuchtet wie auch wenig inspiriert, und gelangen zu der Überzeugung, dass das Freiheitsversprechen der Moderne weiterhin einer Neuvermessung bedarf. Dennoch: Den Feinden der Freiheit kann Höffes Buch mit Fug und Recht als Antidot entgegengeworfen werden – und das ist in heutigen Zeiten nicht das geringste Verdienst!

Stuttgart

Ernst Wolfgang Becker

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Björn Görder: Milton Friedmans Freiheitsverständnis.

Tübingen: Mohr Siebeck, 2015 (= Perspektiven der Ethik, Band 6), 508 S.,
ISBN: 978-3-153665-6



Milton Friedman, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften des Jahres 1976, nimmt in Sachen öffentlicher Wahrnehmung immer noch einen ganz besonderen Platz in der Ökonomiegeschichte ein. Wie kaum ein anderer Ökonom (mit der möglichen Ausnahme seines ideologischen Widerparts Keynes) verstand er es, seine wissenschaftlichen Erkenntnisse in wirksame politische Botschaften zu übersetzen, die nachhaltigen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik seiner Generation ausübten. In populären Büchern wie „Capitalism and Freedom“ (1962) und „Free to Choose“ (1980, später auch als Dokumentations-Serie im Fernsehen ein Erfolg) verband er seine wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Geldtheorie – dem Monetarismus – mit einer Reihe konkreter Politikvorschläge (Bildungsgutscheine, negative Einkommenssteuer u.v.a.), die allesamt auf eine Beschränkung des Staates auf Kernaufgaben und eine Mehrung individueller Freiheit abzielten. Für viele Anhänger zählte Friedman zu den wichtigsten Freiheitsdenkern des 20. Jahrhunderts überhaupt.

In seinem lesenswerten Buch „Milton Friedmans Freiheitsverständnis“ hat der Theologe und Ökonom Björn Görder sich der jenseits der Ökonomie liegenden Freiheitsphilosophie angenommen, die sich hinter dem Wirtschaftsdenken Friedmans verbirgt. Das ist schon für sich genommen ein Verdienst, weil es Friedman in einer meist übersehenen Dimension zeigt, nämlich der eines über die bloße Ökonomie hinausweisenden Freiheitsdenkers. Das zumindest gelingt Görder in einem Umfang, der kaum noch etwas zu wünschen übrig lässt. Sorgfältig analysiert er die (in dieser Art von Friedman kaum umfassend formulierten) Begründungshintergründe des Freiheitsbegriffs. Diese speisen sich unter anderem aus methodologischen Erwägungen, die Friedman schon in den 1950er Jahren anstellte, und die in einer Art kritischem Skeptizismus münden. Freiheit, so stellt der Autor fest, wird bei Friedman nur scheinbar paradox dadurch begründet, dass man sie (wie alle anderen Werte) gerade nicht beweisen kann, sondern dass es die Ungewissheit der Erkenntnis ist, die uns zur Ablehnung von Zwangsideologien führen sollte. Für manchen Kritiker (aber nicht für Kenner oder Menschen, die Friedman persönlich kennenlernten) überraschend stellt Görder fest, dass für Friedman dadurch Freiheit ein „Fundamentalkriterium“ für die Qualität einer Gesellschaft ist, das eben nicht einfach ökonomischen Vorteilen geopfert werden darf. Trotzdem stimmt es natürlich auch, dass Friedman als Ökonom gerade diese utilitaristischen Vorteile stets als Argument für die (wirtschaftliche) Freiheit einsetzte. Görder löst dieses scheinbare Spannungsfeld mit dem originellen Gedanken einer „diskurspragmatischen Funktion“ der utilitaristisch/konsequentialistischen Argumentation. Sie setzt voraus, dass die meisten Menschen die Freiheit nicht prinzipiell ablehnen, sondern sich über die Konsequenzen bestimmter freiheitlicher oder nichtfreiheitlicher Politiken (etwa dem Mindestlohn) nicht im Klaren sind. Man müsse also die Menschen da adressieren, wo sie die Probleme verorten. Für diese Auffassung spricht nicht zuletzt das von Friedman stets hoch gehaltene Selbstverständnis eines öffentlichen Intellektuellen.

Viele andere Gedanken folgen: Dazu gehört die Auseinandersetzung mit dem Modell des *homo oeconomicus*, das Friedman in Grenzen methodologisch akzeptiert, dabei aber zwischen Eigennutz (als Modellannahme brauchbar, anthropologisch aber nur Teilwahrheit) und Individualismus (normativ begründet) unterscheidet. Oder auch die Frage „sozialer Verantwortung“, die durch die neuere Diskussion um die Corporate Social Responsibility wieder an Bedeutung gewonnen hat. Hier sieht Friedman über die Erfüllung von elementaren Vertrags- und Eigentumsrechten hinaus keine Verpflichtung von Unternehmen, sozial tätig zu werden. Unternehmen dürften nicht gezwungen werden, andere als ihre eigenen Interessen zu verfolgen.

Alles das ergibt sich aus Friedmans klarem Bekenntnis zu einem „negativen“ (im Sinne Isaiah Berlins) Freiheitsverständnis, das nur den persönlichen (und ökonomischen) Handlungsspielraum vor Zwang geschützt sehen will, sich aber nicht auf materielle Anspruchsrechte oder politische Voraussetzungen bezieht. Vor allem letztere führen zu einem besonders heiklen Problem bei der Rezeption Friedmans, das Görder angenehm sachlich angeht: Wie steht es um die Demokratie als Teil und/oder Voraussetzung für Freiheit? Die Kontroverse über Friedmans Beratung des Pinochet-Regimes in Chile (die Ratschläge für „linke“ Diktaturen wie China standen seltsamerweise nie in der Kritik) hat in diesem Zusammenhang viele kritische Fragen aufgeworfen. Görder destilliert hier auf überzeugende Weise ein „zyklisches Bild des Geschichtsverlaufs“, demzufolge wirtschaftliche Freiheit den Übergang von Diktaturen zur Demokratie fördert, die Demokratie aber zur schleichenden Erosion der Wirtschaftsfreiheit führen könne, die wiederum das Entstehen von Diktaturen begünstige. Friedman macht dabei klar, dass er für Demokratie sei, Freiheit aber für das höhere Gut halte. Die Demokratie sei aber weder Freiheit selbst, noch automatische eine Voraussetzung für sie. Eher gelte das Umgekehrte: Wirtschaftliche Freiheit sei eine Voraussetzung für das Gelingen einer Demokratie.

Dieses seit den Tagen Tocquevilles und Mills diskutierte Spannungsfeld zwischen bürgerlichen Rechten, Demokratie und Freiheit wird sicher auch weiterhin in der Diskussion stehen und Friedmans konsequente Voranstellung des negativen Freiheitsprinzips wird damit ebenso in dieser Diskussion umstritten sein. Zu beachten ist allerdings, dass sein Plädoyer für mehr Wirtschaftsfreiheit in diktatorisch regierten Staaten von ihm stets als ein Instrument des demokratischen Wechsels betrachtet wurde.

Görders Buch ist jedoch nicht bloß deskriptiv angelegt, sondern es enthält auch eine kritische Auseinandersetzung mit Friedmans Freiheitsdenken. Görder hält den Friedmanschen Freiheitsbegriff für zeitgebunden (Abwehr gegen die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts) und unzureichend. Reale Freiheitsbeschränkungen ergäben sich nicht nur aus kollektivistischer Staatstätigkeit. Aufgrund einer komplexeren Analyse der sozialen Realität und der anthropologischen Gegebenheiten müsse man zu einer „phänomengerechten und umfassenden“ Bestimmung von Freiheit kommen, die auch die materielle Ressourcenausstattung der Menschen berücksichtige. Explizit bezieht er sich auf die christliche Soziallehre.

Das ist alles nicht ganz zufriedenstellend, weil das Spannungsfeld von negativen Schutzrechten und positiven Anspruchsrechten dabei noch arg im Vagen bleibt. Wie verhindert man, dass sich daraus eine gewisse Beliebigkeit politischen Handelns ergibt? Auch ist in einer sich dramatisch säkularisierenden Gesellschaft die christliche Lehre keineswegs mehr der allgemeingültige Leitfaden. Den Wert dieses überaus lesenswerten Buches schmälert dies indes kaum.

Bleibt als Fazit: Selbst wenn man nicht in allen Punkten Görders Kritik an Friedman zustimmen muss, ist dieses Buch ein geradezu unersetzliches Grundlagenwerk für jeden, der sich mit der Gedankenwelt des großen Ökonomen und Freiheitsdenkers befassen will.

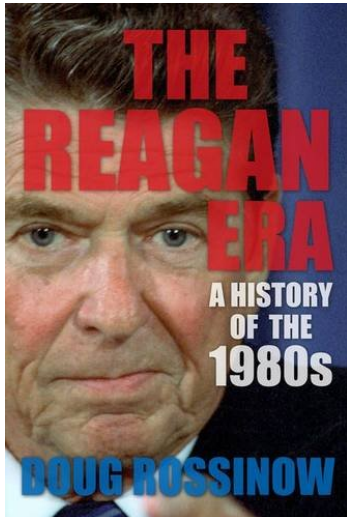
Berlin

Detmar Doering

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Doug Rossinow: The Reagan Era. A History of the 1980s.

New York/Chichester: Columbia University Press 2015, 378 S., ISBN: 978-0-231-16988-2



Auf dem Umschlag wird Doug Rossinows Buch „The Reagan Era“ als eine „nüchterne“ („sober“) Analyse der Präsidentschaft Reagans und ihrer Zeit angepriesen. Ob der Autor, der sich als Historiker ansonsten eher mit der Linken in Amerika beschäftigt, ganz einverstanden wäre mit dieser Einschätzung?

Schon zu Beginn gesteht er verschämt, dass er als Jugendlicher 1984 selbst Reagan gewählt habe. Der Rest des Buches wirkt, als ob er dafür nun Abbitte leisten wollte. Das Ganze ist recht unterhaltsam formuliert und spart – ganz und gar nicht „sober“ – nicht mit Polemik. Diese ersetzt bisweilen sogar das richtige Argumentieren, insbesondere wenn es um das Feld der Wirtschaftspolitik geht, wo Rossinow anscheinend nur über begrenzte theoretische Grundlagen verfügt. Wenn er etwa behauptet, dass Reagans Ansatz, mit Steuersenkungen die Wirtschaft und damit indirekt die Steuereinnahmen anzukurbeln,

auch bei Demokraten im Süden populär gewesen sei, weil diese Gegend „was by tradition the home of crackpot financial nostrums“, kann von einer fachgerechten – geschweige denn „nüchternen“ – Einschätzung kaum noch die Rede sein.

Zwar kann Rossinow schlichtweg nicht um das Eingeständnis herumkommen, dass der Keynesianismus Ende der 1970er Jahre endgültig gescheitert war und die gefürchtete Stagflation (von Präsident Carter „Malaise“ genannt) zur Folge hatte, doch scheint ihm dies irgendwie für die Reagan-Administration nur bloßer Vorwand für einen unheilvollen Politikwandel gewesen zu sein. Dieser dient offenbar nur dem Plan, vermittels des Staates von den Armen zu den Superreichen umzuverteilen, wozu man marktwirtschaftliche Rhetorik als bloßen Marketingtrick verwendete. Nun war die Erfolgsbilanz der Reaganschen Politik in der Tat gemischt. Auf der Bonusseite stehen die schnelle Überwindung des Börsencrashes von 1987 und die Wachstumsimpulse, die von der neuen Supply-Side-Politik ausgingen. Der generelle Paradigmenwechsel zu mehr Wirtschaftsfreiheit und weniger Staatsgläubigkeit gehört sicher ebenfalls dazu. Auch Rossinow gesteht ein, dass Reagan hier ein bedeutender Kommunikator und Weichensteller war. Als Malus war das den Versprechungen von „weniger Staat“ kaum entsprechende Wachstum der Staatsschuld und der Ausgaben. Dies aber nur auf die „Gier“ der Reichen zurückzuführen, die Reagan angeblich monomanisch und mit etatistischen Mitteln bedient haben soll, greift denn doch zu kurz und ist ein schon geradezu klischeehaftes Ideologiekonstrukt. Tatsächlich gab es hier einfach Grenzen der Machbarkeit, da sich die Politik in unauflösbaren Spannungsfeldern zu bewegen hatte – der Wunsch, mehr Marktwirtschaft freizusetzen, konkurrierte mit der unüberwindbaren Unpopularität, kostentreibende Teile des Sozialsystems zu reformieren und der auf Dominanz abzielenden Außenpolitik. Dies setzte einer stringenten Wirtschaftspolitik gewisse Grenzen. Innerhalb dieser Grenzen war die Politik sehr erfolgreich. Und: Welche Alternative zu Reagans Politik bestanden hätte, ist eine Frage, die Rossinow wohlweislich nicht beantwortet.

Ähnlich steht es aber auch im Bereich der Außenpolitik, wo Rossinow Reagans Verdienst, den Anfang vom Ende des Sowjetkommunismus eingeleitet zu haben, zu schmälern trachtet. Rossinows Interpretation lautet summarisch zusammengefasst, dass Reagan (von aberwitzigen Beratern auch noch getrieben) außenpolitisch einem krankhaften Antikommunismus

frönte, der sich selbst an sicherheitspolitisch strategisch irrelevanten Fronten (Nicaragua etc.) praktisch manifestierte. Dem folgte der Gipfel von Reykjavik 1986 (der am Ende das große nukleare INF-Abrüstungspaket von 1987 gebar), den der Autor zwar als größte, wenn nicht einzige staatsmännische Leistung Reagan begrüßt, den er aber in eher suggestiven Andeutungen dann als plötzlichen erratischen Kursschwenk charakterisiert.

Eine solche Darstellung übersieht, dass Reagan schon früh – und zwar vor seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten – ein konsistentes außenpolitisches Konzept vorgelegt hatte, das in der strikten Politik der Härte den einzigen rationalen Weg zum Oberziel einer erfolgreichen und für den Westen akzeptablen nuklearen Abrüstung sah. Das hatten zeitgenössische Kritiker im Eifer der tagespolitischen Gefechtslagen bereits damals häufig übersehen und auch übersehen können. Heutzutage, da viele Quellen offenliegen und die entsprechenden Aufarbeitungen bekannt sind, erscheint ein solches Ausblenden des strategischen Hintergrunds eher befremdlich. Dieses Misstrauen gegenüber Rossinows Analyse muss durch die offenbar ideologiegeleiteten Interpretationen zu Einzelereignissen noch vertieft werden. Dass etwa die Invasion auf die Karibikinsel Grenada 1983 ein kleines, aber klares Signal an die Sowjetunion und ihren Verbündeten Kuba bedeutete, wird nie klar anerkannt. Desgleichen gilt das für die Unterstützung der Contras in Nicaragua. Sicher – und da hat der Autor recht – waren die Methoden bisweilen zweifelhaft (Stichwort: Iran-Contra-Affäre) und führten zu legitimer Kritik an der damit verbundenen Ballung von Exekutivmacht, aber ihren wirksamen politischen Signalcharakter kann man nicht ernsthaft leugnen oder als irrelevant abtun.

Es kann also kein Zweifel daran herrschen, dass Rossinows Buch äußerst parteiisch, wenn nicht unfair gegenüber Reagans Leistungen ist. Damit ist es aber vielleicht auch ein gewisses Gegengewicht zu der hagiographischen Verklärung Reagans bei vielen Republikanern, die in der Befolgung seiner Maximen immer noch ihr Heil suchen. Amüsant zu lesen ist daher die (durchaus bisweilen gehässige) Schilderung des kulturellen Kontexts der Reagan-Ära. Diese war einerseits von einem evangelikalen Sozialkonservatismus geprägt, dem Reagan zumindest verbal oft in einer Weise entgegenkam, die fragwürdig war. Andererseits – und das scheint Rossinow wesentlich mehr zu ärgern – waren die 1980er Jahre eine Zeit des Materialismus, der Luxuskultur und des Hedonismus. Dazu gehörte für ihn Kokain als Modedroge der Reichen. Reagans Umfeld wird dabei ebenfalls als ein Hort der parvenühafte Neureichen gebrandmarkt. Den Film „Wall Street“ mit Michael Douglas hält er für ein bereits vollständiges Sittengemälde der Zeit. In der Mode sei, so stellt er wohl richtig fest, wieder Materialqualität gefragt gewesen, worüber er sich lange auslässt: Seide statt Nylon, Kaschmir statt Sackleinen. Das empört Rossinow irgendwie, weil es zum Bild passt. Anscheinend, so muss man annehmen, liebte er den Geruch, den Nylonhemden früher schnell anzunehmen pflegten, ebenso wie das damit verbundene Kratzen. Seit Reagan herrschte, so muss man nach der Lektüre annehmen, gab es überall eine Dekadenz, die im Gegensatz zu der verkündeten moralkonservativen Botschaft stand.

Mit dieser Analyse, so überzogen sie auch sein mag, trifft Rossinow einen wesentlichen, aber doch zeitgebundenen Faktor von Reagans Erfolg. Das Gesellschaftsbild der Reagan-Ära war in sich widersprüchlich. Nach den Krisen der Carter-Zeit konnte Reagan eine glaubwürdige Koalition schmieden zwischen Sozialkonservativen und Wirtschaftsliberalen, die heute so nicht mehr besteht und auch nur unter den damals bestehenden Bedingungen funktionieren konnte. Dieser Trick lässt sich heute kaum mehr wiederholen. Das erklärt zum Teil die Schwäche der Republikanischen Partei heute, die zerrissener denn je wirkt.

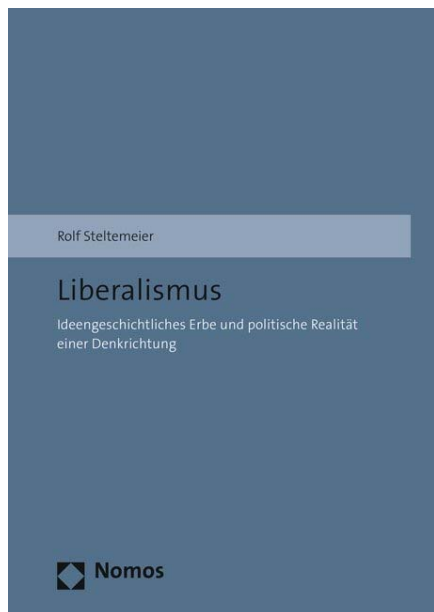
Berlin

Detmar Doering

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Rolf Steltemeier: Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung.

Baden Baden: Nomos Verlag 2015, 703 S., ISBN: 978-8487-2236-5



Es ist kein einfaches Unterfangen, eine einigermaßen vollständige und inhaltstiefe Geistesgeschichte des Liberalismus zu schreiben. Schon allein die literarische Organisation und Strukturierung des umfangreichen Materials machte vielen Autoren von Guido de Ruggieros „Storia del liberalismo europeo“ (1925) über José Guilherme Merquiors „Liberalism: Old and New“ (1991) bis hin zu Edmund Fawcett und seinem kürzlich erschienenen Buch „Liberalism: The Life of an Idea“ (2014) zu schaffen. Die konzeptionelle Frage, wie das Thema zu definieren und einzugrenzen sei, tat ihr Übriges. Kurz: Was ist überhaupt Liberalismus? Trotzdem muss die Sache von Zeit zu Zeit gewagt werden.

Das überaus lesbare Buch „Liberalismus. Ideengeschichtliches Erbe und politische Realität einer Denkrichtung“ des Politikwissenschaftlers Rolf Steltemeier zeichnet sich gegenüber den bisherigen Versuchen durch einen besonders kühnen Ansatz der Strukturierung aus,

der zugleich über die bloße Darstellung der Geistesgeschichte hinausweist. Angelpunkt der Strukturierung ist ein großer Brückenschlag zwischen Ideengeschichte und politischer Praxis. Die liberale Ideengeschichte wird dabei auf ihre politische Implementierung im realen politischen Raum erweitert und von daher auch gedeutet.

Der Liberalismus hat als die traditionsreichste politische Strömung der Neuzeit eine turbulente Entwicklungsgeschichte durchlaufen, die zu einem sehr facettenreichen Erscheinungsbild führte. Dieser Eindruck stellt sich auch bei der Lektüre von Steltemeiers ausführlichen und äußerst fachkundigen Schilderungen der liberalen Denker seit dem 17. Jahrhundert dar, die dann einzeln in Kapitel vorgestellt werden. Es beginnt mit Hobbes (kein echter Liberaler, aber grundlegender Denker des methodologischen Individualismus) und Locke, führt über die Denker des 19. und 20. Jahrhunderts wie John Stuart Mill und Alexis de Tocqueville oder Karl Popper und Friedrich August von Hayek hin zu aktuellen Vertretern wie Amyarta Sen, Hernando de Soto oder Wolfgang Kersting. Einige Analysen zeugen von hoher Originalität. Dazu gehört etwa die Positionierung des deutschen Ordoliberalen Walter Eucken in dem Spannungsfeld von Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik. Oder die ungewöhnliche Kategorisierung des als Manchesterliberalen verschrieenen Richard Cobden als Sozialliberalen, die deshalb überzeugt, weil Cobden tatsächlich immer primär das soziale Moment bei seinem Argument für Freihandel in den Vordergrund stellte. Auch die konzise Kritik an den Umverteilungsideen in John Rawls' „Theory of Justice“ (1971) besticht, weil sie zeigt, wie sehr der Autor bei seiner Gerechtigkeitstheorie die eigenen Entscheidungen und Leistungen von Menschen ausklammert – ein für Liberale nicht unerheblicher Vorwurf.

Gerade durch den Teil des Buches, der sich mit zeitgenössischen Vertretern befasst, erfährt der Leser nicht nur viel über die großen Namen, sondern auch über weniger bekannte, aber dennoch äußerst interessante Denker. Dazu gehört unter anderem der amerikanische Philosoph Harry G. Frankfurt, der den meisten Menschen eher durch seine Abhandlung über

„Bullshit“ bekannt ist, aber ansonsten eine Philosophie des Non-Egalitarismus vertritt und der Gleichheit keinen „intrinsischen Wert“ beimisst. In ähnlichen Denkkategorien bewegt sich die deutsche Philosophin Angelika Krebs, die geschickt den Begriff der Menschenwürde gegen den der Gleichheit ausspielt. Hier betreten dank Steltemeier auch erfahrene Liberalismuskennner unter den Lesern bisweilen intellektuelles Neuland.

Aus diesem geisteshistorischen Abriss, der deutlich den größten Teil und den Kern des umfangreichen Buchs ausmacht, versucht der Autor nun eine insgesamt überzeugende „Typologie“ (im Sinne Max Webers) des Liberalismus zu formulieren. Dadurch gelingt es Steltemeier schon bei der Themenauswahl eine nicht allzu große Einengung des Liberalismusbildes zu erzeugen (Liberalismus soll schließlich nicht dogmatisch sein), schafft es aber zugleich, die Sache nicht ins Beliebige abdriften zu lassen (wie es etwa bei Fawcett der Fall ist, der selbst einen Stalin-Anhänger wie Sartre zum Liberalen erklärt). Damit ist Steltemeier ein insgesamt recht guter und brauchbarer Lösungsansatz zu seinem Eingangsproblem gelungen, nämlich, dass „das Substantiv ‚Liberalismus‘ in der einschlägigen Forschungsliteratur gemeinhin als undefinierbar und zudem schwer explizierbar“ gilt.

Der typologische Kern des Liberalismus wird nunmehr an vier Politikfeldern erläutert. Im Bereich Bürgerrechte steht der Liberalismus demnach für individuelle Freiheit und Eigentum, in der Wirtschaftspolitik für eine Marktwirtschaft (etwas, dem nicht alle genannten Denker so zustimmen würden), in der Sozialpolitik für eine die Eigeninitiative fördernde Politik, die auch Ungleichheiten in Kauf nehmen kann. Mit der internationalen Politik tun sich Liberale schwer, aber es dominiert das Plädoyer für wirtschaftliche Offenheit und Friedenspolitik. Aus diesen Denkkategorien entwickelt Steltemeier denn auch am Ende des geisteshistorischen Teils eine tabellarische Matrix, die noch einmal kurz und übersichtlich die Positionen aller genannten Denker zu den vier Kernthemen zusammenfasst. Damit ist die Grundlage für das weitere Vorgehen gelegt.

Denn von dieser Kernanalyse aus rückt Steltemeier dann (in einem gewagt weiten Bogen) zur Analyse des bestehenden parteipolitischen Liberalismus vor. Für den Weltdachverband der Liberal International und seine Mitgliedsparteien wird ein typologiebasiertes Analyseraster gemessen. Es ist als ein Forschungsdesign für künftige empirische Tiefenforschung zum politischen Liberalismus gedacht, das sich aus der Erforschung der geistigen Strömungen des Liberalismus ergibt, aber um die Dimension kultureller Besonderheiten in verschiedenen Länderkontexten ergänzt werden müsste, wie der Autor dann doch anmerkt. Ob und wann ein solches politisches Forschungsprojekt entstehen soll, bleibt offen, aber man darf gespannt sein, ob oder wie es sich genau realisieren lässt und ob und inwieweit es für im politischen Prozess engagierte Liberale tatsächlich die gewünschte Hilfestellung leistet.

Immerhin gibt es ein vorläufiges Fazit, nämlich dass die Rückbesinnung auf den eigentlichen Kern langfristig mehr Erfolg beim Wähler generiert als das Aufspringen auf modische Trends. Das schreibt er auch der deutschen FDP ins Stammbuch, bei der er auch nach der Wahlniederlage von 2013 (die er ausführlich analysiert) große Potentiale sieht, die sie nur richtig nutzen müsse. Der Liberalismus sei weder in Deutschland noch irgendwo sonst tot, antwortet Steltemeier auf eine vielfach geäußerte Behauptung. Die liberale Freiheitsidee bleibe, so der Schluss, aktuell, denn „dieses Ansinnen hat kein Ablaufdatum.“

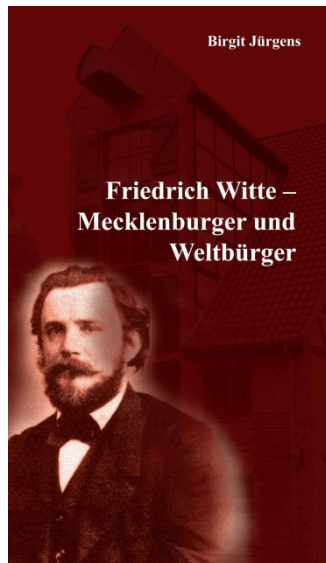
Berlin

Detmar Doering

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Birgit Jürgens: Friedrich Witte – Mecklenburger und Weltbürger. Ein erfolgreicher Chemiker, Unternehmer und Politiker seiner Zeit.

Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern. Verlag und Medien GbR. Rostock 2014, 90 S., ISBN: 978-3-940835-04-8



Anzuzeigen ist hier eine knappe, aber sehr nützliche biographische Skizze, die einführt in Leben und (berufliches) Wirken eines liberalen Parlamentariers des Kaiserreiches, der eher zu den „Hinterbänklern“ zu rechnen ist, denn zu den Führungsfiguren des politischen Lebens zwischen 1878 und 1893: der mecklenburgische Unternehmer Friedrich Witte. Wir erfahren demzufolge auch durch die – fachlich eher im Felde der Regionalgeschichte ausgewiesene – Autorin mehr über die Person und den beruflichen Werdegang Wittes, wobei die Biographien auf die in den 1930er Jahren teilweise publizierten „Lebenserinnerungen“ ihres Helden sowie dessen (im Archiv der Hansestadt Rostock überlieferten) Nachlass zurückgreifen kann. Dienlich ist ihr vor allem aber immer wieder die bewährte Autorenschaft Theodor Fontanes, dessen freundschaftliche und auf die weitere Familie ausstrahlende Verbindung zu dem um ein Jahrzehnt jüngeren Witte bis zu dessen Lebensende andauerte und in den autobiographischen Schriften Fontanes wiederholt ihren Niederschlag gefunden hat.

Der junge Rostocker Apothekersohn Witte tritt nach dem vorzeitigen Abschluss einer wohl nur bedingt erfolgreichen Pennälerkarriere 1845 – kaum 16jährig – in die Fußstapfen seines frühverstorbenen Vaters und absolviert eine Apothekerlehre in der berühmten Berliner „Polnischen Apotheke“, die seit 1833 Julius Edmund Schacht gehörte. Im Hause Schacht lernt Witte nicht nur seine spätere Frau Anna kennen, sondern auch den jungen Apotheken-„Provisor“ Fontane, der dort vor seiner Approbation zeitweilig tätig ist. Nicht zuletzt durch die Begegnung mit Fontane widmet sich auch der Lehrling Witte literarischen Versuchen, die zwar hier und da publiziert werden, aber kaum dem scharfen literarischen Urteil des Freundes Fontane genügen können. Für Witte steht zudem der rasche berufliche Abschluss im Vordergrund – von den revolutionären Neigungen seines Freundes im Berlin des Jahres 1848 hat sich Witte jedenfalls nicht anstecken lassen.

Äußerst zielstrebig und effizienzorientiert absolviert Witte nicht nur seine Lehre, sondern auch – ohne Abitur! – ein Studium der Physik, Chemie und Botanik, das er 1853 mit der Verleihung des Dokortitels an der Universität Rostock abschließt. Dort übernimmt er kurz darauf als approbierter Apotheker die väterliche „Hirsch-Apotheke“. Der 24jährige bleibt aufstiegsorientiert. Schon im Folgejahr erwirbt er das Bürgerrecht seiner Heimatstadt und ehelicht die Tochter seines Berliner Lehrherrn. Anna Schacht, die sechs Kinder zur Welt bringt (unter ihnen: Lisa, die „Busenfreundin“ der Fontane-Tochter Martha), wird bald zur wichtigen Stütze des gesellschaftlichen Aufstiegs der Familie: Sie gestaltet mit Empfängen, Festen und Nachmittagstees das gesellschaftliche Renomee der Wittes im Rostocker Bürgertum.

Mit der traditionellen Rolle eines „Hofapothekers“ ist Witte jedoch keineswegs zufrieden. Unternehmergeist und beruflicher Wagemut veranlassen ihn, schon 1856 einen Handel mit z. T. im eigenen Labor hergestellten „Drogeriewaren“ zu eröffnen – aus dem Apotheker wird ab 1862 endgültig der erfolgreiche Chemikalien- und Pharmazeutika-produzent, dessen hochqualifizierte Mitarbeiter durch ihre Entwicklungen zum Erfolg des vor allem im Bereich der

Lebensmittelchemie tätigen Unternehmens beitragen. Witte widmet sich zunehmend dem unternehmerischen Management und der Außen-Repräsentanz des Unternehmens; zahlreiche Geschäftsreisen führen ihn teils längerfristig nach Russland, in die Türkei, vor allem aber auch in die USA. Vertretungen der Firma Witte in Hamburg, Wien, London, Paris, Moskau und New York entstehen. Nur wenige Monate vor seinem Tod nimmt Witte als Leiter der deutschen Abteilung an der Weltausstellung in Chicago teil. Er hinterlässt seinen Söhnen, unter ihnen Friedrich Carl, auch er zugleich Unternehmer und aktiver (links-)liberaler Politiker in Mecklenburg, ein wohl geordnetes und prosperierendes mittelständisches Unternehmen der Lebensmittelchemie, das 1952 als „VEB Peptron“ aus dem Familienbesitz enteignet worden ist.

Schließlich: Friedrich Witte – der Politiker und Verbandsvertreter. Schon 1860 wirkt unser Held im „Norddeutschen Apothekerverein“. 1868 ist er Mitgründer und Vorsitzender des „Allgemeinen Mecklenburgischen Handelsvereins“. Er ist Ausschuss-Mitglied des Deutschen Handelstages und Mitglied der Ständigen Disputation des „Kongresses Deutscher Volkswirte“. In späteren Jahren ist Witte Mitgründer und Erster Vorsitzender des „Vereins Deutscher Kornbranntweinbrenner und Presshefefabrikanten“, der im industrie-gewerblichen „Hansabund“ eine nicht unwesentliche Rolle spielen sollte.

1864 übernimmt Witte sein erstes öffentliches Amt: Er wird zum kaufmännischen Senator der Hansestadt Rostock berufen, eine Funktion, die ihm nicht nur große Reputation, sondern auch finanzielle Einkünfte verschafft, die er in der Aufbauphase seines Unternehmens gut verwenden kann. Als bald tritt er nun – als gewandter Rhetor – auch parteipolitisch in Erscheinung: Witte engagiert sich, u.a. durch eine Publikation („Die Neubildung der liberalen Mittelpartei“), als Protagonist einer nationalliberalen Abspaltung vom mecklenburgischen Fortschrittsliberalismus. Als Sympathisant eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsraumes stellt sich der Wirtschaftsbürger Witte der noch weitgehend von akademischen Intellektuellen und dem liberalen Freiheitspostulat geprägten Fortschrittspartei (DFP) Mecklenburgs entgegen, bemüht sich wiederholt vergeblich um parlamentarische Kandidaturen.

Erst zur Reichstagswahl 1878 gelingt es Wittes „Nationalliberalem Wahlverein“, mit der DFP eine Vereinbarung zur wechselseitigen Unterstützung zu schließen, dank derer Witte daraufhin in einem ländlich geprägten Wahlkreis Mecklenburgs für die National-liberalen (NLP) in den Reichstag einziehen kann. Dort wird Witte rasch in den alte Allianzen hinwegreißenden Strudel um Bismarcks Wechsel zur Schutzzollpolitik gerissen: Der ausgesprochene Bismarck-Bewunderer Witte gesellt sich nun zu den Freihändlern innerhalb der NLP-Fraktion, die sich schließlich 1881 in der „Liberalen Vereinigung“ als eigenständige Partei formieren. Mit diesen sogenannten „Sezessionisten“ – unter ihnen so berühmte Namen wie Eduard Lasker und Ludwig Bamberger – wird Witte 1884 Teil der „Deutsch-Freisinnigen Partei“, für die er im gleichen Jahr (als Nachfolger des verstorbenen Lasker) im thüringischen Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld erneut in den Reichstag gewählt wird, dem er dann kontinuierlich nahezu bis zu seinem Tod (im Juli 1893) angehört.

Nur wenig erfahren wir vom Parlamentarier Witte, der sich nach anfänglicher Zurückhaltung im Laufe der 1880er Jahre als Zoll- und Steuerexperte profilieren kann. Groß ist die Enttäuschung des „Weltbürgers“ Witte über den einst so verehrten Reichskanzler: Witte registriert die konsequente Zurückweisung jeglicher konstruktiver Opposition durch Bismarck, der jeden Gegner als „Reichsfeind“ verleumde und zu beseitigen suche (so Witte in seinem „Reichstagstagebuch“). Schließlich fordern Wittes immenses berufliches und politisches Pensum und seine – von Fontane karikierte – Vitalität ihren Tribut. Gravierende gesundheitliche Probleme begleiten Wittes letzte Lebensjahre, ohne seine Aktionsfreudigkeit nachhaltig begrenzen zu können.

Birgit Jürgens' kleine Schrift deutet uns an, wieviele „kleine Schätze“ zur Wirtschafts-, Bürgertums-, Parlamentarismus- und natürlich auch zur Liberalismusgeschichte durch biogra-

phische Bemühungen noch zutage gefördert werden können. Die reich bebilderte und illustrierte Publikation tut dies – stellt man ihren bescheidenen Umfang in Rechnung – in vorbildlicher Weise. Vieles kann da allerdings nur angedeutet, manches auch nur dürftig erläutert und ausgeführt werden. Allein schon die Initiative, Friedrich Witte dem Vergessen zu entreißen, kann jedoch – aus der Sicht der Liberalismusforschung – nur positiv gewürdigt werden. Allerdings hätte die Autorin auch den von ausgewiesenen Pharmazie-Historikern publizierten Sammelband¹ zu Leben und Werk ihres Helden unbedingt in ihrer Darstellung berücksichtigen müssen.

Zuletzt nochmal Fontane und Witte: Während der Wirtschaftsbürger bei seinem zu hohem Ansehen gelangten Freund „viel Kunst, wenig wirkliches Leben“ ausgemacht hatte, ruft dieser dem unermüdlichen „Macher“ ins Grab nach: „bei kleinen Marotten und Eitelkeiten war er ein ausgezeichnete Mensch, von seltener Integrität und großer Güte“.

Istanbul

Hans-Georg Fleck

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit



recensio.net

¹ S. Irene R. Lauterbach/Christoph Friedrich/Wolf-Dieter Müller-Jahncke (Hrsg.): Friedrich Witte (1829 – 1893). Apotheker, pharmazeutischer Unternehmer und Reichstagsabgeordneter. Stuttgart 2011

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Tobias Hirschmüller: Der Liberale und die Vergangenheit. Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild.

Berlin: be.bra wissenschaftsverlag 2015 (= Ernst-Reuter-Hefte, Band 6), 55 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-95410-048-4



ERNST-REUTER-HEFTE

6

Der Liberale und die Vergangenheit

Theodor Heuss und das deutsche Geschichtsbild

von Tobias Hirschmüller

be.bra
wissenschaft.verlag

Nicht nur diejenigen, die sich mit Theodor Heuss auskennen, werden dieses Büchlein eher zögerlich in die Hand nehmen, stehen doch sein anspruchsvoller Titel und sein Umfang in einem vermutbaren Widerspruch. Nach kurzer (Lektüre-)Zeit stellt sich schnell heraus, dass die anfängliche Skepsis nicht unberechtigt ist.

Doch halten wir uns zunächst an die Fakten: Der Verfasser sieht eine Lücke bei der Heuss-Forschung in der genaueren Analyse „seiner öffentlichen Kommentierung gängiger Erinnerungspraxen sowie seine(r) eigenen Akzentuierung der Erinnerungskultur“ (S. 7). Dabei holt Hirschmüller weit aus und präsentiert Stellungnahmen von Heuss mit historischem Bezug vom ausgehenden Kaiserreich bis in die Anfangsjahre der Bundesrepublik; der Schwerpunkt liegt also nicht auf dem Bundespräsidenten. Auch werden nicht nur bekannte Reden, sondern etliche, z. T. entlegene publizistische Äußerungen von Heuss herangezogen. Insofern bekommt man ein Bild vom gesamten „historischen Denken“ des späteren Staatsoberhauptes.

Scheinbar originell ist auch der Ansatz, der verfolgt und mit Heuss selbst, nämlich einer Stelle aus „Hitlers Weg“, begründet wird: Dort äußert sich Heuss grundsätzlich über die Geschichtsschreibung, die gerade auch eine Quelle über den Geschichtsschreiber selber sei. Daraus wird hier abgeleitet, dass es in erster Linie um die „Intentionen“ gehen müsse, die Heuss mit seinen historischen Auslassungen verfolgt hat.

Das ist zwar dann doch nicht sehr originell, hätte aber die Möglichkeit geöffnet, den Wandel im Heuss'schen Geschichtsbild über gut vier Jahrzehnte herausarbeiten zu können, etwa in Bezug auf Bismarck. Den Autor interessieren aber mehr die jeweils aktuellen Bezüge, in deren Kontext die einschlägigen Heuss-Äußerungen zwischen 1908 und dem Ausgang der ersten Amtszeit als Bundespräsident stehen. Dass da für Heuss-Kenner nicht allzu Neues herauskommt, ist klar.

Doch der Autor belässt es nicht dabei, sondern neigt mitunter – möglicherweise als Angehöriger des Jahrgangs 1981 in einem gewissen jugendlichen Überschwang – zu einer etwas extrovertierten Thesenbildung. Solche kann durchaus zur Diskussion anregen, vorausgesetzt man befindet sich auf sicherem Fundament oder im historiographischen Neuland. Letzteres kann für Theodor Heuss heute nicht mehr gelten, ersteres leider nicht so ohne weiteres für den Verfasser. Eine seiner zentralen Thesen lautet nämlich: „Theodor Heuss war in seinem historischen Denken weniger von der historischen Fixierung auf große Persönlichkeiten geprägt.“ (S. 16). Vergleichsmaßstab ist dabei implizit die kleindeutsch-borussische Schule in der Geschichtsschreibung.

Dass ihr gegenüber der süddeutsche Liberal-Demokrat Heuss starke Vorbehalte hatte und versuchte, ihr ein anderes Geschichtsbild entgegenzusetzen, ist nun wirklich bekannt. Doch wird man bei aller Sympathie für die Heuss'sche Geschichtsschreibung nicht behaupten können, dass es sich dabei um ein strukturell ganz anderes Geschichtsbild handelt. Auch Heuss orientierte sich historisch an großen Persönlichkeiten, die allerdings nicht preußische Könige, Marschälle oder Ministerpräsidenten waren, sondern Heroen des Liberalismus. Das wird schon in dem Frühwerk „Schwaben und der deutsche Geist“ ganz deutlich und setzt sich dann in den großen Biographien der dreißiger und vierziger Jahre fort, die hier völlig außen vor gelassen werden und merkwürdigerweise nicht einmal in der Bibliographie am Ende auftauchen. Und auch der Bundespräsident Heuss hatte seine historischen Vorbilder, man denke nur an Schiller oder die Männer des 20. Juli. Im Widerspruch zu seinen eigenen Thesen wird die von Heuss 1951 beschworene „aktuellste Gegenwärtigkeit“ des Freiherrn vom Stein sogar von Hirschmüller zitiert. (S. 48)

Insofern ist es nicht erstaunlich, dass die Darstellung am Ende anders als ursprünglich angenommen konstatieren muss, Heuss habe doch die „Instrumentalisierung von Geschichte“ nicht fern gelegen. Das bezog sich nicht nur darauf, „bei den Deutschen das Bewusstsein an eine gemeinsame Nation zu wahren“, wie es der Bundespräsident versuchte. (S. 48). Auch der liberale Parteiführer versuchte unter dem Titel „Unsere deutsche Mission“ die Stimmung der neu vereinten Freien Demokraten mit Rückblicken auf die große Tradition des Liberalismus zu heben.

Die fast lebenslangen Bemühungen von Heuss um ein liberales Geschichtsbild herauszuarbeiten, ist also nicht nur unter historiographischen, sondern auch bildungspolitischen Aspekten ein lohnendes Unterfangen. Als Aufsatz mit einem weniger ambitionierten Titel hätte aus diesem Text ein Einstieg oder zumindest ein Debattenbeitrag dazu werden können. In dieser Form aber wurde die Messlatte weitaus zu hoch gelegt.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

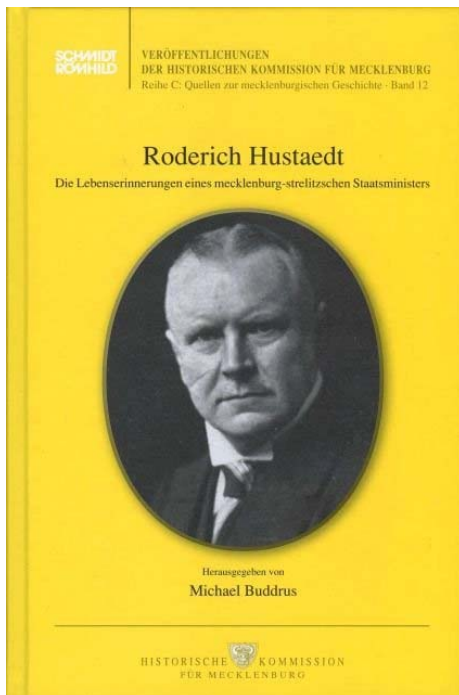
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Roderich Hustaedt: Die Lebenserinnerungen eines mecklenburg-strelitzschen Staatsministers.

Herausgegeben von Michael Buddrus. Rostock: Verlag Schmidt-Römhild 2014 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Mecklenburg, Band 12), 572 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-7590-3754-3



Der Name Roderich Hustaedt dürfte außerhalb Mecklenburgs auch Spezialisten für die Weimarer Republik kaum noch geläufig sein, obwohl der Namensträger zwölf Jahre Landtagsabgeordneter und acht Jahre leitender Staatsminister war. Allerdings war sein politisches Wirkungsfeld der Freistaat Mecklenburg-Strelitz, dessen Einwohnerzahl gerade mal die Schwelle einer Großstadt überschritt und der deshalb den drittkleinsten deutschen Teilstaat in der Zwischenkriegszeit darstellte.

Der 1878 in Mirow geborene und 1958 in Baden-Baden verstorbene Hustaedt hat ausführliche Lebenserinnerungen hinterlassen. Dieses vornehmlich während des Zweiten Weltkriegs verfasste Manuskript wird hier zum Teil veröffentlicht, wobei es sich bei diesen Auszügen um gut die Hälfte der ursprünglichen „Lebenserinnerungen“ handelt, die im Druck immer noch mehr als 450 Seiten ausmachen. Bei der Auswahl hat sich der Herausgeber vor allem von landesgeschichtlichen Aspekten leiten lassen, denn Hustaedt war Abkömmling

einer alteingesessenen mecklenburgisch(-strelitzsch)en Familie und verbrachte nicht nur seine ganze politische Karriere, sondern auch seine Jugend und seinen vor- und nachpolitischen Berufsweg sowie einen Teil seines Studiums in seiner norddeutschen Heimatregion. Diese verließ er erst 1954 gen Westen, wobei die Ursachen für die Übersiedlung unklar sind, sieht man einmal von den weit besseren Lebensbedingungen ab. (Vgl. S. XL ff.)

Hustaedt war aber auch seit 1919 Mitglied der DDP, gehörte zeitweise deren Reichsvorstand an und hatte als Mitglied des Reichsrates häufig im Berliner Zentrum der Politik zu tun. Das hebt das Erinnerungswerk über eine rein lokal- bzw. regionalpolitische Bedeutung hinaus, wobei man hier sicherlich nichts überraschend Neues zur Geschichte des Weimarer Liberalismus erfährt, wohl aber eine durchaus interessante kleinstaatliche Perspektive dazu bekommt.

So erhält man sehr anschauliche Einblicke in die Lebenswelt und die Karrierewege eines kleinstädtischen Neu-Bildungsbürgers, dessen Vater mittels Holzhandels in die aufstrebende Metropole Berlin wohlhabend geworden war und dem einzigen Sohn ein recht sorgenfreies Jurastudium sowie eine lange Zeit als un- oder schlecht besoldeter Jungjurist finanzieren konnte. Nach Studienjahren in Jena, Berlin und Rostock – nur diese werden hier wiedergegeben – wandte sich Hustaedt der Richterlaufbahn zu, die er vor allem am Landgericht in Neustrelitz absolvierte. Bereits ab 1910 Mitglied der Nationalliberalen Partei und ab 1911 Stadtverordneter nahm der vorgegebene Weg eine Wende, als er im Ersten Weltkrieg die städtische Lebensmittelversorgung organisieren musste. Nach Kriegsende schloss Hustaedt sich der DDP an, wurde 1919 Landtagsabgeordneter und ein Jahr später einer von zwei

Staatsministern, zuständig für Finanzen, Kultur und Soziales, was natürlich in der Inflationszeit keine angenehme Aufgabe war. Zeitweise vertrat er Mecklenburg-Strelitz aber auch in Berlin. 1928 musste er zunächst das Ministerium aufgeben, drei Jahre später trat er gleichzeitig aus dem Landtag und der Partei aus, um danach als durchaus gefragter Anwalt und Notar zu arbeiten. Nach 1945 gibt es noch einmal ein kurzes politisches Comeback in der LDP, auf das hier aber nicht näher eingegangen wird.

Anhand der „Lebenserinnerungen“ lässt sich Hustaedt als ein durchaus „eigentümlicher“ Liberaler charakterisieren, der doch erheblich von dem Bild des Weimarer „Demokraten“ abweicht, wie es vor allem durch die Brille der „Reichsebene“, der DDP-Reichsminister, MdRs und des Reichsvorstandes geprägt worden ist. Er war etwa im Gegensatz zu Theodor Heuss oder Theodor Wolff kein „geborener“ Demokrat, dessen linksliberal-bürgerliche Haltung zwangsläufig in die DDP führte. Er ist auch nicht ohne weiteres jenen Ex-Nationalliberalen zuzuordnen, die sich nicht zuletzt aus Karrieregründen der DDP anschlossen. Hustaedt war im Grunde genommen ein Liberal-Konservativer, der in Mecklenburg etwas ändern wollte und deshalb zwangsläufig mit dem Konservativismus in Konflikt geriet, der aber zugleich von der großen bürgerlichen Mittelpartei träumte, für deren Scheitern 1918/19 er die DVP und namentlich Gustav Stresemann verantwortlich machte. (vgl. S. 121 u. 133). Gegenüber der Volkspartei vor allem in Mecklenburg hatte Hustaedt seitdem starke Ressentiments, erkannte aber später durchaus Stresemanns politische Leistung als Kanzler und Außenminister an.

Das bedeutete aber im Umkehrschluss nicht, dass er einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie besonders aufgeschlossen gewesen wäre, im Gegenteil: Obwohl Hustaedt sein Ministeramt zunächst in Koalition mit der SPD ausübte, ist die anti-sozialdemokratische, genauer gesagt die antiproletarische Stoßrichtung ein roter Faden in seinem politischen Wirken. Wenn jemand zur Ablösung der alten, von ihm mit Zwiespalt gesehenen Adelsherrschaft fähig war, so waren es allein bürgerliche Fachleute mit einer gewissen Ausstrahlung. Entsprechend sind auch seine politischen Sympathien gegenüber den eigenen Parteifreunden verteilt: Jüdische Parteikollegen waren davon ebenso wenig wie weibliche erfasst (vgl. S. 188). Positiv kamen dagegen gestandene Persönlichkeiten wie die Finanzexperten Schacht, Luther, Reinhold oder Höpker Aschoff oder Vertreter des rechten DDP-Flügels wie Schiffer und Külz weg. Da konnte Hustaedt auch schon einmal über Parteigrenzen hinweggehen und Sozialdemokraten wie Friedrich Ebert und Otto Braun in sein Herz einschließen.

Sie alle blieben aber weit hinter dem Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zurück. Desse eintägiger Besuch in Mecklenburg-Strelitz füllt ein dreißigseitiges Kapitel in den „Lebenserinnerungen“. Hindenburg war für Hustaedt der letzte der wirklichen großen Deutschen nach Wilhelm I., Moltke und Bismarck. Hindenburg als Repräsentant seines Landes empfangen gedurft zu haben, betrachtete Hustaedt noch 1941 als „Glückstag und Höhepunkt meines Lebens“. (S. 241)

Damit sind wir bei einer zweiten Ebene seiner „Lebenserinnerungen“: der Bezug zu ihrer Entstehungszeit. Hustaedt hat immer wieder Aussagen zu und Anspielungen auf Jahre des Zweiten Weltkriegs eingeflochten, die man – dies tut mitunter der Herausgeber (vgl. S. 313) – als versteckte Kritik verstehen kann. Allerdings sind die späteren zeitgeschichtlichen Einleitungen teilweise merkwürdig, ja anachronistisch – etwa wenn im November 1939 von „Weltkrieg“ und ein knappes Jahr später von „totalem Krieg“ gesprochen wird (vgl. S. 1 u. 18) –, so dass man nachträgliche Veränderungen vermuten könnte. Auf jeden Fall ist Hustaedts Blick auf die Weimarer Republik nicht von der antirepublikanischen Polemik der Nationalsozialisten getrübt, auch wenn er schon bald Zweifel bekommen haben will, ob das deutsche Volk überhaupt schon reif für die republikanisch-demokratische Staatsreform war. (vgl. S. 212). Aber diese Zweifel beschlichen am Ende der Republik auch andere Demokraten.

Der Herausgeber hat eine gute Einleitung beige-steuert, die das Wesentliche an Hustaedts politischem Wirken adäquat herausarbeitet. Hervorzuheben ist auch das ausführliche Perso-

nenregister von über sechzig Seiten, hilfreich auch der Überblick über das Gesamtmanuskript der „Lebenserinnerungen“. Auch wenn das Register manche Kommentierung erspart, wird man sie insgesamt doch – wertneutral – als zurückhaltend beurteilen müssen. Es überwiegen die landeshistorischen Hinweise, was nachvollziehbar ist.

Aus Sicht der Politik- und Liberalismusgeschichte führen sie aber manchmal in die Irre. Denn zum einen korrigieren sie Hustaedt da, wo er Recht hat, z. B. beim Regierungsaustritt der DDP 1919 (S. 186), aber nicht da, wo er „Schiefes“ mitteilt oder sich irrt: David Hansemann – der „bekannte demokratische Minister“ (S. 134), Reichsaußenminister Hans Luther (S. 200), der schwer kriegsverwundete Wilhelm Külz (S. 223), Konstantin Fehrenbach in Rapallo (S. 224). Zum anderen ist mancher Hinweis seinerseits falsch, etwa auf die „erste Frau“ Hindenburgs (S. 238). Dieses erkennbare Herausgeber-Defizit in der allgemeinen Geschichte der Weimarer Republik ändert natürlich nichts an der regionalhistorischen Bedeutung dieser Quelle, für die es in Bezug auf Mecklenburg-Strelitz offenbar nichts Vergleichbares gibt. Aber auch die „kleinstaatliche Erweiterung“, die sie für die Geschichte des Weimarer Liberalismus bringt, wird davon kaum tangiert.

Gummersbach/Bonn

Jürgen Frölich

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

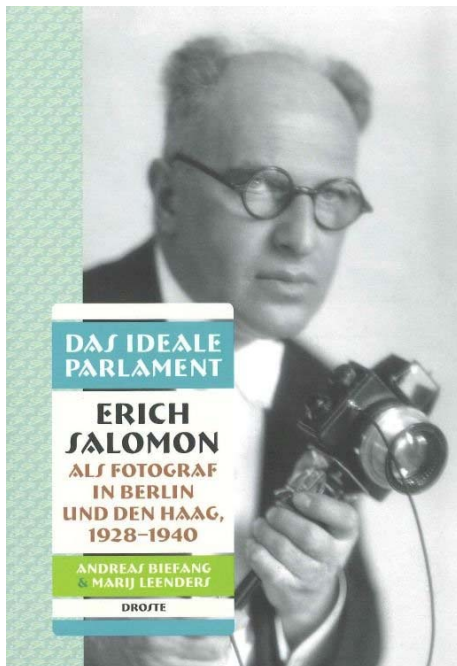
in Kooperation mit



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Andreas Biefang / Marij Leenders (Hrsg.): Das ideale Parlament. Erich Salomon als Fotograf in Berlin und Den Haag 1928-1940.

Düsseldorf: Droste, 2013 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 167, Reihe Parlament und Öffentlichkeit, Band 5), 367 S., zahlr. Abb., ISBN: 978-3-7700-5324-7



Der „Schrei nach dem Bilde“ galt als das zeittypische Geräusch in der medialen Gesellschaft der Weimarer Zeit, so sieht es zu Recht Andreas Biefang, Mitherausgeber dieses Bandes über den Fotojournalisten Erich Salomon (1886-1944). Salomons fotografisches Werk, das in gerade einmal einem Dutzend Jahren zustande kam, war auch bislang bereits bekannt. Dafür hatte nach dem Krieg sein ältester Sohn Peter Hunter (sein eigentlicher Name Otto Erich Salomon wird nicht erwähnt) gesorgt, der eine erste Retrospektive 1956 in Köln organisierte und 1963 einen erfolgreichen mehrsprachigen Band herausbrachte. 1981, 1996 und 2004 folgten weitere Ausstellungen und Kataloge, die vor allem aus dem inzwischen in die Berlinische Galerie gelangten Teilnachlass Salomons schöpfen konnten. Durch diese diversen Retrospektiven wurde offensichtlich, dass es sich bei Salomon um einen der bedeutendsten Fotografen des 20. Jahrhunderts handelte, der insbesondere der Weimarer Zeit das „Porträt einer Epoche“ gegeben hat.

Wenn sich der aus einer Kooperation der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Berlin (KGParl) und dem Centrum voor Parlementaire Geschiedenis (CPG) an der Radboud Universiteit Nijmegen hervorgegangene Sammelband erneut dem Thema Salomon widmet, so geschieht dies nicht nur aus der Tatsache heraus, dass sich die historische Bildforschung seit mehr als einem Jahrzehnt im Aufschwung befindet. Die Publikation ist auch dem bemerkenswerten Befund zu verdanken, dass Salomons Werk offenbar regelmäßig wieder in den Blickpunkt gerückt werden muss, um daran zu erinnern, dass wir es in Weimar mit einer bilderreichen Zeit zu tun haben, deren historisches Potential nach wie vor nicht ausgeschöpft ist.

Es ist also gleich in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert und verdienstvoll, dass sich Andreas Biefang und Marij Leenders in diesem bilateralen Projekt mit dem auf die deutschen und niederländischen Parlamente bezogenen Fotografien Salomons befasst haben. Damit wird auch klar ersichtlich, dass die von Thomas Mergel vertretene These von der fehlenden Bildlichkeit des Reichstags der Weimarer Republik jeglicher Grundlage entbehrt. Vielmehr reiht sich – wie die Herausgeber stattdessen bemerken – Salomons Wirken „in eine lange Tradition der visuellen und fotografischen Darstellung des Parlamentarismus ein“, die von den Karikaturen Honoré Daumiers in Frankreich, den Bildnissen der 1848er Parlamentarier Hermann Biows bis zu den modernen Politikerporträts der Fotojournalistin Barbara Klemm reicht.

Salomon muss mit seinen Fotografien als „Erneuerer“ der Parlamentsfotografie in Deutschland und als deren Begründer in den Niederlanden gelten. Mit seiner eindringlichen Bildspra-

che zählt der linksliberal eingestellte Fotograf zudem zu den nicht sehr zahlreichen Anhängern des Weimarer Parlamentarismus in den Print- und Bildmedien. Das war allerdings keineswegs selbstverständlich, denn gerade Salomons Fototechnik, „berühmte Zeitgenossen in unbewachten Augenblicken“ (so der Titel eines seiner Bücher von 1931) zu zeigen, hätte viele Möglichkeiten geboten, Politiker unvoreilhaft darzustellen und damit den Parlamentarismus als solches zu delegitimieren. Salomon arbeitete seit 1925 für den Berliner Ullstein-Verlag und veröffentlichte zahlreiche Bildreportagen. Nach 1933 lebte er mit seiner niederländischen Ehefrau in deren Heimatland im Exil, in dem er seine Arbeit, u.a. im niederländischen Parlament 1936 und 1939, zunächst fortsetzen konnte, bevor er 1940 in den Untergrund gehen musste. 1942/43 wurde er mit seiner Familie verhaftet, deportiert und 1944 in Auschwitz ermordet.

Dem vorliegenden Band gelingt es, die bisherige Salomon-Forschung in mehrfacher Hinsicht zu ergänzen und damit die Perspektive zu erweitern. Zum einen konzentrieren sich Herausgeber und Autoren auf die Parlamentsfotografie und fördern in diesem Teilbereich zahlreiche neue Aufnahmen aus der zeitgenössischen Presse zutage, von denen etliche in dem aufwändig gestalteten Band auch zu sehen sind. Zum anderen gelingt ihnen die bisher fehlende Kontextualisierung der Fotografien, die eine Einordnung der Bilder und zum Teil erst eine exakte Datierung und Bildbeschreibung ermöglicht.

Neben den Beiträgen der Herausgeber enthält der Band zehn weitere Texte, deren erste Fassungen ursprünglich als Vorträge auf einer 2011 veranstalteten Konferenz gehalten wurden. Hierin wird von den niederländischen (Remieg Aerts, Joris Giysenbergh, Harm Kaal, Susan Aasman) und deutschen Autoren den Kontexten der parlamentarischen Bilderwelten intensiv nachgegangen. So betrachtet Malte Zierenberg sehr eindringlich Salomons Fotografien im Kontext der sich im frühen 20. Jahrhundert „rapide professionalisierenden“ Pressebildproduktion. Thomas Hertfelder leuchtet die Ikonographie des kommunistischen Antiparlamentarismus aus und zeigt dabei, wie sehr der Weimarer Reichstag auch bildjournalistisch im Kreuzfeuer der Kritik von eingeschworenen Gegnern des Parlamentarismus stand. Der „Liberalismus als Feindbild“, dem 2013/14 eine Gummersbacher Tagung der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und ein Konferenzband galten, wird hier nochmals anschaulich vor Augen geführt.

Ähnlich eindrucksvoll geht Tobias Kaiser der „Straße“ als wichtigem Raum politischer Handlung nach, der einer anderen Bildlogik als derjenigen des Parlamentes folgte. Die hier beschriebenen und gezeigten Fotos von Demonstrationen, Gewalt und Massenszenen stehen in krassem Kontrast von Salomons oft „stillen“ Fotos, insbesondere den Porträts von Prominenten. Die abschließenden vier Beiträge des Bandes enthalten u.a. zwei Gespräche von Benedikt Wintgens und der Herausgeberin Leenders mit den Pressefotografen Barbara Klemm und Vincent Mentzel, die Salomon als entferntes Vorbild würdigen.

Für die Forschung zum Weimarer Parlamentarismus ist der sorgfältig gestaltete Band über den Fotografen Erich Salomon mit seinen instruktiven Texten und den anschaulichen Bildern schlechterdings unverzichtbar und nachdrücklich zu empfehlen. Aber auch dem interessierten Laien erschließen sich hier neue Bilderwelten aus der Weimarer Zeit.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Henning Kästner: Der Weimarer Landtag 1817-1848. Kleinstaatlicher Parlamentarismus zwischen Tradition und Wandel.

Düsseldorf: Droste, 2014 (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus), 419 S., 11 Abb., 9 Tab., ISBN: 978-3-7700-5320-9



Parlamentarismusgeschichte hat in den letzten Jahrzehnten nicht gerade eine Konjunktur erlebt. Darunter hat gerade das Mitte der 1970er Jahre von Gerhard A. Ritter initiierte Projekt eines Handbuchs der Geschichte des deutschen Parlamentarismus stark gelitten. Dem Auftaktband von Manfred Botzenhart folgten schnell einige weitere Monographien über den preußischen und den süddeutschen Parlamentarismus vor 1866/71 (Grünthal, Obenaus, Brandt, Götschmann), bis dann seit Ende der 1980er Jahre der Fortgang der Handbuchreihe merklich stockte. Zuletzt erschien 2009 der eindrucksvolle Überblick zur badischen Landtagsgeschichte zwischen 1819 und 1870 von Hans-Peter Becht. Ein besonderes Sorgenkind des Reihenwerks waren zum einen die fehlenden Bände über das Kaiserreich, zum anderen das Ausbleiben von Darstellungen zum Parlamentarismus in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten. Über den mittelstaatlichen Parlamentarismus in Sachsen, Kurhessen oder Hannover gibt es bisher keine Handbuch-Bände, obwohl gerade hier die Landtagsentwicklung besonders abwechslungs-

und konfliktreich verlief. Aber auch methodisch wurde die Parlamentarismusgeschichte seit Ende der 1990er Jahre kritisch hinterfragt. Thomas Kühne beklagte in einer Sammelrezension der ersten Handbuch-Bände „konzeptionelle Stagnationstendenzen“ angesichts der Herausforderungen der Alltags-, Kultur- und Geschlechtergeschichte.

Insofern ist es überaus erfreulich, dass Henning Kästner, ein Schüler von Hans-Werner Hahn an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, nun in besagter Handbuchreihe eine Studie zum Parlamentarismus des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach in der Epoche von Restauration und Vormärz vorgelegt hat. Dabei stellt Thüringen mit seinem Weimarer Landtag, dessen Eröffnung am 2. Februar 1817 als einer der ersten Ständeversammlungen nach der Wiener Bundesakte – also vor nunmehr fast genau 200 Jahren – stattfand, tatsächlich ein „Kernland der deutschen Parlamentarismusgeschichte“ dar, wie bereits der Klappentext verkündet.

Kästner hat seine Studie in fünf Abschnitte mit einer Mischung aus chronologischer und systematischer Gliederung strukturiert. Er untersucht zunächst die landständischen Traditionen von den Rheinbundreformen nach 1806 bis zur Verfassungsgebung von 1816, geht dann auf parlamentarische Praxis und Kultur im Landtag ein, untersucht dessen allgemeine Wirkungsgeschichte von den ersten Jahren nach 1817 bis zur Revolution von 1848, bevor er in den beiden letzten Kapiteln das Parlament als Gesetzgeber und die Etat- und Finanzpolitik im Untersuchungszeitraum behandelt.

In der Einleitung bettet Kästner seine Studie gekonnt in den bisherigen Forschungskontext ein und benennt sehr konkret die Erfordernisse einer modernen Untersuchung zum Parlamentarismus. Er möchte insbesondere die sozial- und kulturgeschichtlichen Defizite älterer Arbeiten vermeiden. Das merkt man seinem Programm auf Schritt und Tritt an: Es werden die Erbhuldigungen und die Landtagseröffnungen als Inszenierungen, der Sitzungssaal als „symbolische Vermittlungsinstanz“ und die Ordensverleihungen als „herrschaftliches Integrationselement“ behandelt. Daneben treten die sozialgeschichtlich relevanten Untersuchungen zu den Landtagswahlen und zur Berufs- und Sozialstruktur der Ständeversammlung. Wohltuend ist bei sämtlichen Analysen die reflektierte, im Gegensatz zu den Kapitelüberschriften aber wenig theorielastige Sprache bei der Präsentation. Diese Nüchternheit droht bisweilen aber auch in Banalität umzuschlagen, wenn die erhoffte symbolische Aufladung oder eine besondere Bedeutung nicht feststellbar sind.

Überhaupt ist das Beispiel des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach als deutscher Kleinstaat ohnehin nicht geeignet, als einschlägiges Modernisierungsparadigma zu dienen. Im Gegensatz zu den konfliktträchtigen Parlamentsgeschichten aus Baden, Württemberg oder Kurhessen hat man es hier – wie Kästner in seiner Zusammenfassung betont – in der Regel mit „konfliktfreien, kooperativen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen“ zu tun, die zu einer „konsensualen politischen Kultur“ geführt hätten. Im Weimar der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist nicht die Krise der Normalfall, und es sind demnach nicht die Entscheidungen von Konflikten, die das System prägen. Für Anhänger von Carl Schmitt mag das enttäuschend sein, für den an empirischer Erforschung des parlamentarischen Alltags Interessierten ist es ein bemerkenswert ruhiger, deshalb aber keineswegs langweiliger Parlamentarismus. Es handelt sich aber eben auch nicht um einen in die Moderne strebenden Prozess der Parlamentarisierung. Nach 1815 erfolgt kein Bruch mit den Traditionen, stattdessen gibt es häufig Kontinuitäten, ein nur langsam sich wandelndes politisches System, eine landtagsfreundliche Regierungspolitik mit einem wenig reformfreudigen Landtag, keine Politisierung bei den Wahlen, keine Öffentlichkeit der Verhandlungen und eine zurückhaltende Professionalisierung der parlamentarischen Arbeit. Im Resümee spricht Kästner von einer gesellschaftlichen Transformation „unter kleinstaatlichen Rahmenbedingungen“. Der monarchische Konstitutionalismus in Weimar erwies sich als „anpassungs- und wandlungsfähig“ und damit im Sinne Ernst Rudolf Hubers als stabile Verfassungsform.

Obwohl der Autor stets auch den Blick auf die mittel- und süddeutschen Vergleichsfälle öffnet, wäre es erforderlich gewesen, die vergleichenden Studien des „Handbuchs der europäischen Verfassungsgeschichte“ für den Vormärz aus dem Jahr 2012 zu berücksichtigen. Auch der methodisch interessante Tagungsband der Vereinigung für Verfassungsgeschichte von 2006 (erschienen 2010) fehlt, ebenso wie der Überblick zur thüringischen Verfassungsgeschichte von Jonscher (1993).

Die ein oder andere Frage bleibt in der Studie offen oder unklar: So wird an einer Stelle bemerkt, die Staatsdiener seien nicht wählbar gewesen, dennoch finden sich etliche im Landtag, und es gibt Kontroversen über ihre Zulassung. Gar nicht näher versucht wird eine genauere Typologisierung der Regierungsform oder die Frage, wie das faktische Einkammerparlament rezipiert wurde. Das Bestehen parlamentarischer Gruppierungen wird einerseits verneint, andererseits ist oft von liberalen Kreisen die Rede. Die Akteure selbst bleiben zum Teil sehr blass. Zwar finden sich Miniporträts des Adligen Carl August Freiherr von Ziegesar, des Juristen Heinrich Paulssen und des Verlegers Bernhard Friedrich Voigt, nicht aber des Historikers Heinrich Luden oder des Wartburgteilnehmers, Mediziners und sehr aktiven Abgeordneten Georg von Kieser. Die neue Edition der „Deutschen Tribüne“ (2005/07) wird ebenso wenig genutzt wie das digital verfügbare Regierungsblatt für das Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach (seit 1837). Schließlich ist ein wirkliches Ärgernis zu erwähnen: Zwar ist man es heutzutage gewohnt, dass es kein Lektorat im klassischen Sinne mehr gibt. Aber wie derart zahlreiche Druck- und Setzfehler in einem Buch erhalten bleiben konnten (im

Schnitt sicherlich um die fünf pro Seite), ist unverständlich. Höhepunkt ist die Feststellung eines „Diserdarats“ beim Forschungsüberblick.

Gleichwohl können die genannten Punkte das grundsätzliche Verdienst der Studie nur wenig schmälern: Der Handbuchband von Kästner enthält empirisch solide belegte und exemplarisch deutlich herausdestillierte Ergebnisse, die die bisherige Forschung zu Konstitutionalismus und Parlamentarismus zwar nicht auf den Kopf stellen, sie aber um wichtige und bisher wenig bekannte Aspekte ergänzen und damit bereichern.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

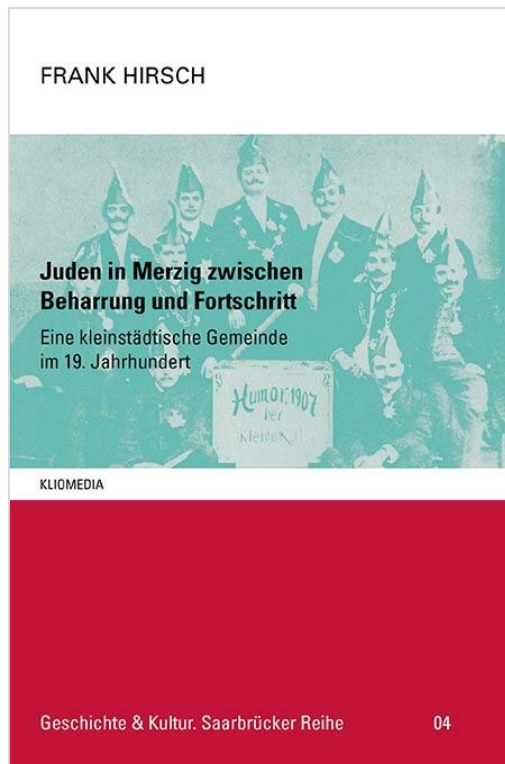
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Frank Hirsch: Juden in Merzig zwischen Beharrung und Fortschritt. Eine kleinstädtische Gemeinde im 19. Jahrhundert.

Trier: Kliomedia, 2014 (= Geschichte & Kultur Saarbrücker Reihe, Band 4), 341 S., ISBN: 978-3-89890-188-8



Die Entwicklung des städtischen Judentums hat in der Geschichtswissenschaft ein hohes Maß an Aufmerksamkeit erhalten, galten doch Juden in Großstädten im 19. Jahrhundert einhergehend mit der politischen Emanzipation als in besonderem Maße avantgardistisch und innovativ. Zugleich blickten auch die Juden in den Großstädten in gewissem Sinn auf ihre Glaubensgenossen auf dem Land herab, die im Grunde genommen als rückständig betrachtet wurden. Dementsprechend haben Juden im ländlich-kleinstädtischen Bereich in der historischen Forschung bislang wenig Beachtung gefunden.

Die vorliegende Saarbrücker Dissertation von Frank Hirsch möchte dieses Bild ausdrücklich korrigieren und den Fokus auf die Entwicklung einer jüdischen Gemeinde im kleinstädtisch-ländlichen Rahmen werfen. Die zentrale These des Autors ist dabei, dass Juden im kleinstädtischen Umfeld zwar nicht innovativ waren, aber gleichwohl neue Entwicklungen aus den Großstädten aufgriffen und diese gleichsam in den ländlichen Raum importierten, mithin ein Bindeglied zwischen städtischer und ländlicher Lebenswelt darstellten.

Als Untersuchungsgegenstand wird die Kleinstadt Merzig ausgewählt. Diese befindet sich einerseits in einem ländlich geprägten Umfeld, hat aber gleichwohl, zumal mit dem Einsetzen der industriellen Revolution, Kontakt bzw. Anschluss zu städtischen Zentren, so zum Saarrevier einerseits bzw. zum Verwaltungszentrum Trier andererseits. Zugleich verfügte die Stadt über eine ganze Reihe von Behörden, die sie teilweise zum regionalen Zentrum für kleinere Umlandgemeinden werden ließ. Auch die gewerbliche Struktur in Merzig war im 19. Jahrhundert durchaus differenziert. Neben zahlreichen Händlern und Handwerkern fanden sich Dienstleister sowie teilweise auch industrielle Betriebe. Dies gilt bspw. für die Fayencen-Fabrik von Villeroy & Boch wie auch für die Produktion von Tabak und Triebriemen.

Im Gefolge der Französischen Revolution bzw. der napoleonischen Kriege war die Stadt mit dem Saargebiet an der Wende zum 19. Jahrhundert zu Frankreich gekommen, wo aufgrund der dortigen Gesetzgebung die rechtliche Gleichstellung der Juden gewährt wurde (diesen wurde nunmehr Freizügigkeit und eine freie Wahl des Wohnortes eingeräumt). Wenngleich diese durch Napoleon teilweise wieder zurückgenommen wurde, so herrschte dennoch ein günstiges Umfeld für die Ansiedlung einer jüdischen Gemeinde. Auch nach dem Anfall an Preußen 1815 bestanden die so genannten französischen Institutionen und damit verbunden die verhältnismäßig liberalen Bestimmungen mit Blick auf die rechtliche Situation der Juden fort. Insgesamt umfasste die jüdische Gemeinde in Merzig z. T. bis zu 5% der Bevölkerung.

In seiner Studie analysiert Hirsch nach einem Blick auf die Entwicklung der jüdischen Bevölkerung, deren Heiratsverhalten, die Frage nach Ein- und Auswanderungen in Merzig, sowie Konflikte innerhalb der jüdischen Gemeinde, aber auch zwischen Juden und Christen.

Hieran schließen sich Betrachtungen über das jüdische Vereinswesen aber auch die soziale Stellung der Juden innerhalb des Vereinswesens insgesamt bzw. der politischen Gemeinde an. Die beiden letzten Kapitel untersuchen einerseits die wirtschaftliche Entwicklung der Mitglieder der jüdischen Gemeinde und legen dabei dar, wie diese zu durchaus steigendem Wohlstand gelangen konnten, bevor abschließend die Entwicklung des lokalen Kreditmarktes und die Frage nach der Rolle jüdischer Kreditoren gestellt wird.

In Glaubensfragen war die jüdische Gemeinde Merzig, wie Hirsch konstatieren kann, sehr traditionell orientiert. Mit Moses Levy verfügte sie über einen anerkannten Talmudgelehrten der Zeit. Dessen orthodoxe Richtung traf jedoch beim städtischen Judentum auf massive Kritik, so dass seine Kandidatur für die Stelle des Oberrabbiners in Trier nicht durchsetzbar war. Die potentielle Kandidatur Levys traf vielmehr auf scharfen Widerspruch, ja Polemik in der „Allgemeinen Zeitung des Judenthums“, Jahrgang 1840, womit zugleich die schwerwiegenden Differenzen zwischen städtischem und ländlichem Judentum deutlich wurden.

Dieser orthodoxen Haltung in Glaubensdingen stand jedoch bei den Merziger Juden eine fortschrittliche Position in Fragen von Handel und Gewerbe gegenüber, was hier anhand einiger Beispiele aus der Arbeit Hirschs kurz dargelegt werden soll: Zwar verblieben die Merziger Juden in traditionellen Berufen wie bspw. dem Hausiererhandel, waren bei dessen Ausübung jedoch deutlich erfolgreicher als ihre christliche Konkurrenz – Hirsch kann dies anhand der zu bezahlenden Hausierersteuer eindrücklich belegen. Diese lag bei jüdischen Hausierern im Schnitt dreimal höher als bei christlichen. So vertrieben christliche Hausierer häufig auch nur im Nebenerwerb in der Regel selbst hergestellte Produkte. Jüdische Hausierer dagegen passten ihre Verkaufspalette auch saisonal den Kundenwünschen an oder erweiterten diese um kleine Luxuswaren wie Tabak und Spirituosen. In gleicher Weise steckten jüdische Hausierer ihre Vertriebsgebiete ab, um unnötige Konkurrenz zu vermeiden oder stiegen auf moderne Verkehrsmittel wie die Eisenbahn um, so dass sie einen weiteren Aktionsradius abdecken konnten.

Hinzu trat der Abschluss von Kooperationen. Bspw. arbeiteten jüdische Hausierer mit einem jüdischen Metzger zusammen, der nebenbei bemerkt auch als Viehhändler tätig war. Auf diese Weise konnten jüdische Hausierer Produkte des Metzgers und zwar gerade die Teile des geschlachteten Tieres, die nach jüdischem Verständnis nicht kosher waren und in der örtlichen Gemeinde nicht verkauft werden konnten, im weiteren Umkreis vertreiben.

Auch bei der Gründung von Ladengeschäften – diese lösten im Laufe des 19. Jahrhunderts den Hausiererhandel zunehmend ab – erwiesen sich jüdische Händler in Merzig gegenüber der christlichen Konkurrenz als überlegen, eben weil sie neueren Entwicklungen gegenüber aufgeschlossen waren und auch in der Provinz die Entwicklung vom traditionellen Krämerladen hin zum modernen Warenhaus forcierten. So investierten jüdische Händler geschickter und gezielter in Werbemaßnahmen, um eine ganz bestimmte Kundschaft anzusprechen. Hierzu gehörte auch die Pflege dekorativer Schaufenster, genauso wie jüdische Händler bestimmte Produkte wie bspw. Schatullen und Necessaires, Handspiegel, Fotografierahmen und Feuerzeuge zu Standardpreisen von 50 Pfennigen verkauften. Auch der Hinweis auf einen Schlussverkauf oder die Spezialisierung auf den Aufkauf großer Restposten, die dann zu verhältnismäßig günstigen Preisen an die Kundschaft weitergegeben werden konnten, waren Teil der erfolgreichen Geschäftsstrategie.

Schließlich war es mit Abraham Kahn ein jüdischer Kaufmann, der um 1900 das erste repräsentative Kaufhaus vor Ort eröffnete. Zwar konnte dieses sicherlich nicht mit den großen Geschäften in Saarbrücken oder gar Berlin mithalten, jedoch erstreckte sich das Kaufhaus

Kahns „über vier Etagen und beeindruckte die Kundschaft durch einen Lichthof und ein Glasdach. Das Kaufhaus Kahn kam in Merzig dem großstädtischen Warenhaus am nächsten und vermittelte den Eindruck vom modernen Stadtleben“ (S. 228). In seiner Geschäftsstrategie „konzentrierte sich Kahn ... auf die gehobene Nachfrage nach Konfektionsware aber auch Stoffen und Schuhen“ (S. 229.).

Mit Hilfe der hier nur schlagwortartig umrissenen Beispiele aus Handel und Gewerbe (die vorliegende Studie enthält zudem eingehende sowie lesenswerte Ausführungen zur Anwendung innovativer Strategien der Merziger Juden auf dem Kreditmarkt) gelingt es Hirsch eindrucksvoll zu belegen, dass die jüdische Gemeinde in Merzig zwar „nicht die Speerspitze der Modernisierung“ (S. 305) bildete und dass sie „im Wesentlichen Innovationen importierte“ (ebd.), jedoch als ein wichtiges Verbindungsglied zwischen Stadt und Land fungierte und dafür sorgte, „dass die Land-Stadt-Beziehungen keine Einbahnstrasse waren“ (S. 306). Somit bleibt zu hoffen, dass die Studie Hirschs weithin Beachtung findet und zugleich Anregungen gibt für weitere Arbeiten, die sich mit Geschichte, Selbstverständnis und wirtschaftlicher Situation der Juden auf dem Land im 19. Jahrhundert auseinandersetzen.

Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

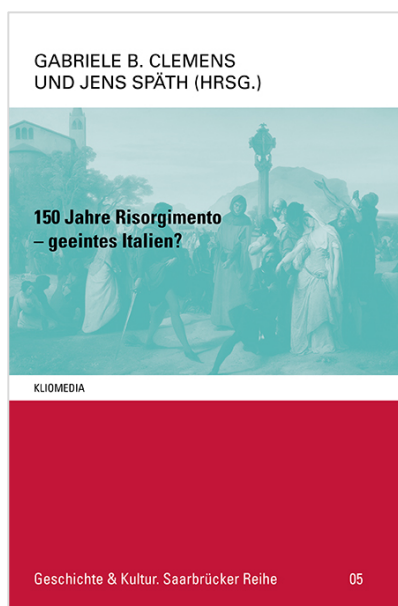
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Gabriele B. Clemens/Jens Späth (Hrsg.): 150 Jahre Risorgimento – geeintes Italien?

Trier: Kliomedia, 2014 (= Geschichte & Kultur Saarbrücker Reihe, Band 5), 232 S., 24 Abb., ISBN: 978-3-89890-194-9



Im Jahr 2011 traf die Feier des 150-jährigen Bestehens des italienischen Nationalstaats auf ein durchaus geteiltes Echo: Während dieser Tag in Turin und Piemont mit großer Begeisterung gefeiert wurde, herrschte im Süden des Landes Zurückhaltung, genauso wie mancher Politiker in der Lombardei oder Südtirol sich einer solchen Feier gänzlich verweigerte.

Diese Feststellung lässt darauf schließen, dass es auch heute noch die eine italienische nationale Identität nicht gibt. In der Geschichtsschreibung wurden lange die einigenden Elemente, die konsequent auf die italienische Nationaleinigung des Jahres 1861 hinführten, betont. Tatsächlich war dies die Sichtweise der Eliten des Königsreichs Sardinien-Piemont. Die Realität war jedoch geprägt durch eine Fülle ganz unterschiedlicher Identitäten auf der Apenninhalbinsel, durch die die „angebliche Einheit des Landes“ (S. 16) in Frage gestellt wurde.

In diesem Sinne beschäftigen sich die Beiträge des vorliegenden Bandes mit der „Frage nach der Qualität der italienischen Nation und der Existenz einer nationalen Identität“ (S. 16). Vorgestellt werden also die Perspektive der Gegner der nationalen Einheit Italiens genauso wie beispielsweise auch die Frage nach der Rolle von Frauen im Zusammenhang mit der nationalen Einigung Italiens erörtert und der Blick auf die Darstellung der nationalen Einheit Italiens in der Kunst geworfen wird.

Entstanden ist der Sammelband als Ergebnis einer Tagung im Sommer 2012, die gemeinsam von der Arbeitsgemeinschaft für die neueste Geschichte Italiens im Zusammenwirken mit dem Deutschen Historischen Institut in Rom organisiert wurde. Im Rahmen der Tagung sollten laufende Forschungsvorhaben vorgestellt werden und in gleicher Weise jüngere Kräfte wie auch etablierte Wissenschaftler zu Wort kommen.

Unter den insgesamt neun Beiträgen sollen die Aufsätze von Felix Schumacher zu Alfred von Reumont (S. 73-106) sowie von Elena Tonezzer zum „langen Risorgimento im Trentino“ (S. 167-185), die aus Sicht des Rezensenten im besonderen Maße Aufmerksamkeit verdienen, näher vorgestellt werden.

Der Publizist, Historiker und Diplomat Alfred von Reumont (1808-1887) gehörte zu den führenden deutschen Italienkennern im 19. Jahrhundert. Das Bild Italiens in den Ländern des Deutschen Bundes hat er wesentlich durch über 1500 Artikel in der Augsburger Allgemeinen Zeitung – einem führenden Publikationsorgan der deutschen Intelligenz – sowie durch seine historischen Werke geprägt. In ihnen vertritt Reumont einen dezidiert konservativen Standpunkt, zugleich stand er dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. nahe und vertrat dessen Regierung auch zwischen 1851 und 1860 am Hof des Großherzogtums Toskana in Florenz.

In seinen Briefen und Artikeln kann der Leser des Beitrags von Schumacher die Perspektive der Toskana auf die Jahre zwischen der Revolution von 1848/49 und der italienischen Einigung von 1861 kennen lernen. Für Reumont, so Schumacher, stellte die Toskana unter der Herrschaft der habsburgischen Großherzöge einen italienischen Idealstaat dar. Dieser war geprägt durch die patriarchalische Fürsorge Großherzog Leopolds II (1797-1870) für seine Untertanen. Auch war für Reumont das Großherzogtum aus sich selbst heraus, d. h. auf der Grundlage der städtischen Autonomie bzw. der Munizipalverfassungen in der Toskana, reformfähig.

Während der Revolution von 1848/49 stand Reumont den Moderati nahe, die eben die Eigenständigkeit der Toskana und dabei die Distanz sowohl zu Habsburg-Österreich als auch zu Sardinien-Piemont betonten. Wenngleich Habsburger von Geburt, so die stets wiederholte Überzeugung Reumonts, habe für den Großherzog immer die Sorge für die Toskana höchste Priorität besessen. Freilich war für weite Teile der Bevölkerung der Großherzog diskreditiert, als dieser 1849 mit österreichischer Waffenhilfe nach der Revolution wieder in sein Amt eingesetzt wurde. Am Ende der 1850er Jahre setzten schließlich auch die Moderati auf Sardinien-Piemont, was bei Reumont auf Unverständnis stieß. Dieser verteidigte weiterhin die als Ideal angesehene Politik Leopolds II. Eine nationale Einigung Italiens war nach Überzeugung Reumonts lediglich als föderativer Zusammenschluss der einzelnen italienischen Staaten möglich, in dessen Rahmen diese und somit auch die Toskana, ihre Autonomie wie auch ihre angestammte Dynastie behalten sollten. Überaus scharf verurteilte er dementsprechend die nationale Einigung unter Führung Sardinien-Piemonts – eine derartige nationale Einigung war für ihn nichts weiter als Ausdruck von Machthunger und Ländergier Sardinien-Piemonts.

Immer wieder und letztlich vergebens, machte Reumont auf die inneren Widersprüche des neuen Nationalstaates aufmerksam. So hoffte er, dass dieser am Brigantenwesen zugrunde gehen und am Ende Ferdinand IV. (1835-1908), der Sohn Leopolds II., zu seinem Recht gelangen werde. Abschließend wirft Schumacher noch einen Blick auf die historischen Werke Reumonts, in denen dieser erneut die idealen Zustände in der fortschrittlichen Toskana unter den Habsburgern beschwört. Zugleich wird die Frage nach der Rezeption der Werke Reumonts in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit in Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert vorgestellt.

Elena Tonezzer untersucht in ihrem Beitrag „das politische Handeln derjenigen, die es für notwendig hielten, die im Trentino lebende italienische Minderheit vom Rest Tirols abzutrennen und sie mit Italien zu vereinen“ (S. 167). Tatsächlich waren die Spielräume für die Pro-Italienischen in Südtirol sehr stark eingeschränkt. Aufgrund der Verbindung des Königreichs Italien mit Österreich-Ungarn im Dreibund konnten sie offiziell von Rom keine Unterstützung erwarten.

Eine umso größere Bedeutung kam dementsprechend Vereinen, der Denkmalpflege bzw. der öffentlichen Erinnerungskultur zu. Überaus deutlich zeigt sich dies bei der Erstellung von Denkmälern. So entstand auf der einen Seite 1889 in Bozen ein Monument für Walther von der Vogelweide. Dessen Errichtung war von den Pan-Germanisten und der Deutschen Nationalgesellschaft gefördert worden. Dem wurde in Trient ein Denkmal für Dante entgegengestellt, dessen Einweihung 1896 von den Anhängern eines Zusammengehens von Südtirol mit Italien u. a. mit der Ouvertüre des *vespri siciliani* und der Symphonie des Wilhelm Tell begangen wurde. In der Folgezeit bildeten Besichtigungen bzw. Besuche des Denkmals ein wichtiges Element, um die Verbundenheit Südtirols mit Italien zum Ausdruck zu bringen.

Wie die Autorin aufzeigen kann, waren darüber hinaus vor allem Turn-, Rad- und Alpinsportvereine überaus aktiv. Grenzüberschreitend wurden gemeinsame Aktivitäten von pro-italienischen Radsportvereinen mit solchen aus Verona oder Mailand durchgeführt. Gemeinsame Treffen bzw. Feierlichkeiten der Vereine wurden in der Regel von Musikkapellen be-

gleitet, diese spielten eigens komponierte Hymnen, in denen nicht nur die Schönheit der Südtiroler Landschaft besungen wurde, sondern in denen eindeutig Bezug genommen wurde auf die italienischen Nationalfarben grün-weiß-rot und somit auch erneut auf die Verbindung des Trentino zu Italien.

Besonders intensiv beleuchtet die Autorin die Aktivitäten der Lega Nazionale, die 1890 gegründet worden war, eng mit der Dante Alighieri-Gesellschaft in Rom kooperierte und die sich zum Ziel gesetzt hatte, „die Liebe zur und das Studieren der italienischen Sprache sowie vor allem die Gründung und Erhaltung italienischer Schulen innerhalb der Grenzen des Kaiserreichs, an Orten mit gemischter Bevölkerung, speziell entlang der Sprachgrenze“ (zit. S. 176) zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, gründete die Lega Nazionale Leihbibliotheken, selbst in relativ entlegenen Bergtälern Südtirols, um auch hier die Bevölkerung für die italienische Kultur zu begeistern. Die Autorin stellt die in den Leihbibliotheken verfügbare Literatur vor und zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass keineswegs nur in den großen Städten, sondern auch in der Weite des Raumes für die Anliegen der Lega Nazionale erfolgreich gewonnen wurde.

Nachdem es 1918/19 im Gefolge des Ersten Weltkrieges zum Übergang Südtirols an Italien gekommen war, gerieten zahlreiche Vereine, die zuvor aktiv die Verbindung mit dem Königreich propagiert hatten, in eine Sinnkrise – war doch das oberste Vereinsziel im Grunde genommen nunmehr verwirklicht. Folglich ging die Lega Nazionale in der Dante Alighieri-Gesellschaft auf, Sportvereine wandten sich jetzt verstärkt dem Wettbewerbsgedanken zu: Ranglisten und Platzierungen traten an die Stelle der zuvor innerhalb der Vereinsarbeit immer wieder betonten Zugehörigkeit des Trentino zu Italien.

Gabriele Clemens und Jens Späth ist es gelungen, einen für die Risorgimentoforschung überaus anregenden Sammelband vorzulegen, der die weitere Forschung sicherlich befruchten wird. Im besonderen Maße darf man sich auf noch kommende Studien der Autoren des Sammelbandes freuen, bspw. gilt dies für Felix Schumacher, wenn dieser seine Dissertation zu Alfred von Reumont abgeschlossen und veröffentlicht haben wird.

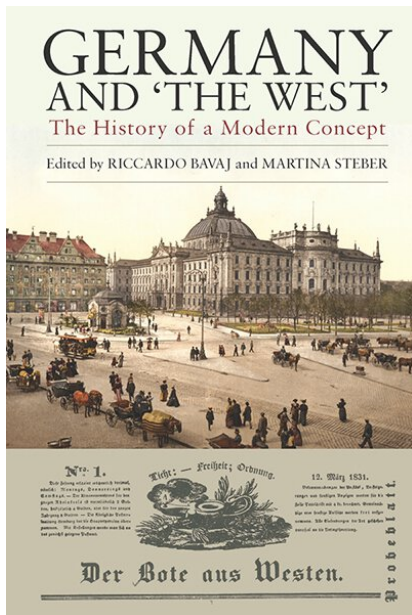
Singen am Hohentwiel

Michael Kitzing

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.): Germany and "The West". The History of a Modern Concept.

New York – Oxford: Berghahn, 2015, 317 S. ISBN: 978-1-78238-597-4



Tagungsbände brauchen manchmal etwas länger. Das ist für die Autoren unschön, muss für den Leser aber nicht schlimm sein. Im vorliegenden Fall geht die Sammlung von Aufsätzen auf einen Workshop im Deutschen Historischen Institut in London im Juli 2009 zurück. Neben den seinerzeit präsentierten Papers sind zusätzliche Aufsätze für den Band eingeworben worden, so dass man sich in insgesamt 17 Texten unter fünf Oberthemen dem weitgespannten Problemkreis „Germany and ‚the West““ annähern kann; der Bogen reicht vom 18. bis zum 21. Jahrhundert.

Die etwas längere Reifezeit hat sich gelohnt, das macht schon die Einleitung deutlich, die auf 37 reichlich mit Belegen versehenen Seiten einem Kompendieneintrag gleicht, obwohl sie vordergründig nur die Beiträge subsummiert. Die Herausgeber umreißen souverän den gegenwärtigen Forschungsstand sowie die Perzeptions- und Rezeptionsgeschichte des Begriffs des „Westens“ in Deutschland und die Wahrnehmung einer graduell unterschiedlichen Zugehörig-

keit Deutschlands zum Westen im 19. und 20. Jahrhundert. Sie scheuen sich nicht vor deutlichen Gegenwartsbezügen, etwa wenn sie die Frage aufgreifen, ob der Islamismus im Spiegelungsbedarf des Westens der neue Kommunismus sei? Anhand solcher Bezüge erhellt, für wie modern die Herausgeber den Begriff „Westen“ halten, was (wissenschafts-) biographisch keine Überraschung ist, denn beide haben – obwohl zunächst im deutsches Neuzeitforschen eingeübt – prägende wissenschaftliche Phasen in Großbritannien, dem europäischen Pol der „Anglosphere“, verbracht. Ihren Verankerungen auf beiden Seiten von Ärmelkanal und Atlantik ist ein beachtliches Portfolio an ausgewiesenen Beiträgern¹ und interessanten Ideen zu verdanken, zu denen das Eingehen auf die zeitgeschichtliche Diskussion von der Existenz zweier westlicher Hemisphären („Two Wests“, S. 3) gehört.

Steber und Bavaj erheben nicht per se das Stärken der westlichen Identität Deutschlands zum Programm. Vielmehr sollen Facetten der Westausrichtung in der „Identitäts-Formung“ Deutschlands herausgestellt werden. Das geschieht, schon einleitend, wohlthuend und angenehm moralfrei. Auf diese Weise historisieren die Herausgeber gleich einmal einen quicklebendigen Westernizer unter den deutschen Historikern auf dem eleganten Weg des Forschungsaufisses: Heinrich August Winklers langer Weg nach Westen sieht den Westen aus deutscher Sicher von innen, die Herausgeber und Autoren des Bandes sehen ihn von vielen Seiten, auch von innen.

Die Gliederung des Bandes folgt chronologischen Linien und systematischen Überlegungen gleichermaßen. Teil 1 ist „Rises and Silences of ‚the West““ überschrieben und wird mit einem Beitrag von Bernhard Struck eröffnet. In einem weiten Zugriff analysiert Struck die „Sprache(n) politischer, sozialer und kultureller Räume“ während der Koselleckschen Sattelzeit. Struck arbeitet dabei überzeugend heraus, dass und wie die seit der Winckelmann-

¹ Deutsche Autorennamen verweisen in der Hälfte der Fälle nicht auf deutsche Forschungsstandorte.

schen Klassikbegeisterung sprichwörtliche Nord-Süd-Dichotomie Europas im Fall der deutschen Selbstverortung in der nachnapoleonischen Zeit des frühen Liberalismus durch einen Ost-West-Gegensatz überlagert und schließlich abgelöst wurde. Zur Konnotation des Ostens gehörten dabei die langlebigen Zuschreibungen von „political and cultural backwardness“ (S. 50).

Das in diesem Zusammenhang im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts etablierte Konzept des vermeintlich konservativen Ostens und des liberalen Westens ist der Ausgangspunkt der folgenden Beiträge. In chronologischer Nähe untersucht Denis Sdvižkov die Anknüpfungen zwischen der russischen und der deutschen Ideengeschichte rund um den Begriff des Westens (S. 97-110). Douglas T. McGetchins Aufsatz über „Orient und Okzident“ bzw. „Ost und West“ als Diskurspaare in der deutschen Orientalistik (S. 111-123) behandelt (nicht nur) ein wissenschaftsgeschichtliches Thema von geradezu bildhafter Dialektik: McGetchin spannt einen ideengeschichtlichen Bogen von der Asienbegeisterung der Romantik über die nachhegelianischen Superioritätsannahmen des Westens bis zu einer „Second Oriental Renaissance“ nach dem Ende des Kaiserreichs und seiner Kolonien. Dass die deutschen „Orientalisten“, die wie ihre übrigen Philologenkollegen methodisch führend waren, lange kaum direkten Kontakt mit dem Orient, wohl aber mit den Handschriftensammlungen des Okzidents hatten, ist ein Treppenwitz der Wissenschaftsgeschichte des 19. Jahrhunderts. Auch Frank Lorenz Müller widmet dem Begriff des Westens im wissenschaftlichen Denken eine Studie, behandelt mit Rudolf von Gneist aber nur einen, wenn auch besonders interessanten, „West“-Bezüge vor allem aus eigener Anschauung bei Reisen nach England beziehenden Akteur. Gneist war neben seiner exponierten Rolle als Berliner Professor, Rektor und Wissenschaftsfunktionär auch ein prominenter liberaler Politiker und aktiver Vereinsmensch. Als solcher idealisierte er den englischen Parlamentarismus, so Müller, und gestaltete bei dessen Propagierung die Grenzen zwischen politischer Publizistik und Wissenschaft fließend (S. 157).

Benjamin Schröder widmet sich dem „Dilemma“, in dem die Vormärz- und Paulskirchen-Liberalen zwischen „Ost und West“ (S. 139-151) gesteckt hätten. Anders als die Radikaldemokraten hätten sie einen „more independent German nation state“ zwischen den beiden Polen in Ost und West bevorzugt; mit einer erkennbaren Schlagseite zum „civilized West“. Ambivalenzen verzeichnet auch Thomas Rohkrämer in seinem Aufsatz über den Begriff des Westens in der deutschen Kulturkritik des langen 19. Jahrhunderts (S. 201-215). Je weiter die Nationalstaatsbildung voranschritt, umso mehr wurden die deutschen Bilder vom Westen durch eine nationale Brille gesehen – kulminierend in den Stereotypen des Jahres 1914. Bereits der Beitrag von Mark Hewitson über das Kaiserreich und die „Kulturländer“ hatte die von Friktionen, Konkurrenzgefühlen und Gleichheitssuggestionen gekennzeichnete Beziehung der Wilhelminischen Eliten zu den westlichen Taktgebern imperialer Weltpolitik behandelt (S. 55-68): „Many Wilhelmine commentators assumed that Germany was different“ (S. 58). Aber eben nicht alle und nicht zu jeder Zeit, so liest man.

Stefan Vogt stellt in seinem Text über die Bilder des Westens bei deutschen Juden um 1900 heraus, wie sehr diese von einer generellen Einbettung in die deutsche Kultur- und Geisteswelt geprägt gewesen seien (S. 124-136). Abgesehen von teils signifikanten jüdischen Eigenheiten im Zeitalter des entstehenden Zionismus sei zunächst eine Assimilierung festzustellen, die jedoch der stärkeren Betonung des eigenen Jüdischseins wich, je spürbarer der Unterschied zwischen Deutschland und dem Westen im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg wurde. Marcus Llanque untersucht mit der Erfindung der „westlichen Demokratie“ im Ersten Weltkrieg ein Thema (S. 69-80), das gegenwärtig in dem Maß an Fahrt aufnimmt, wie der 100. Jahrestags des Versailler Vertrags sowie Jubiläen von Signaturen der sich anschließenden Zwischenkriegszeit näher rücken. Llanque arbeitet heraus, wie die propagandistische Benutzung des Begriffs der „(westlichen) Demokratie“ sich innerhalb der Debatten in Deutschland und in den Ländern des Westens änderte, bis hierzulande nur noch simplifizierende, spöttische Bilder der demokratischen Bemäntelung des imperialen Kapitalismus übrig

blieben. Anselm Doering-Manteuffel blickt schließlich von dieser Distanzierung bis zum weitgehenden Anschluss der geistigen Eliten Deutschlands an den Westen seit den 1950er Jahren (S. 81-93); zwei militärische und eine Vielzahl geistiger Niederlagen und Ernüchterungen später. Mitten in diese Findungs- und Verortungsphase taucht Austin Harrington ein. Sein Aufsatz behandelt die Perzeption des „Westens“ im liberalen Denken während der Weimarer Republik (S. 167-182). Die Vielzahl der Namen und Strömungen, Agenden und Konzepte zeugt eindrucksvoll von zweierlei: Der Kennerschaft des Autors und der entgegen unserer aus der historischen Kenntnis der Jahre 1932/33 resultierenden Setzungen generellen Offenheit der Debatten und Entwicklungen in den zwei Jahrzehnten zuvor.

Riccardo Bavaj greift mit Ernst Fraenkel einen der Denker der Zwischen- und Nachkriegszeit heraus, der, aus dem englischen und amerikanischen Exil zurückgekehrt, maßgeblich die bundesrepublikanische Politikwissenschaft geprägt habe (S. 83-98). Der Begriff der „Western democracy“ wurde für Fraenkel und seine Leser zum Schlüssel für die Überwindung totalitären Denkens. Welche Geister Fraenkel in der als illiberal empfundenen 68er Revolte erblickte, ist leicht vorstellbar. Als Fraenkel 1975 starb, konnte er keineswegs beruhigt über eine „Westernization“ Deutschlands sein. Die schärfste bis dahin dagewesene deutsche Ablehnung des Westens, diejenige im „Dritten Reich“, behandelt Philipp Gassert (S. 216-229). Er stellt überzeugend das Diffuse der Bilder des Westens im generell ja zu diffusen Denkbildern neigenden Nationalsozialismus heraus.

Martina Steber vermisst den Raum, den Alexis de Tocqueville in den Gedankengebäuden westdeutscher Konservativer der frühen und mittleren Bundesrepublik einnahm (S. 230-245). Man lernt, dass der „westliche“ französische Philosoph nicht nur zu den Penaten Kiesingers gehörte, sondern noch ganz andere Rezipienten hatte. Weniger philosophie- als ideologiegeschichtlich geht es in Stefan Bergers Beitrag über den Ort des „Westens“ in den Spiegelungen der deutschen Sozialdemokratie in ihrem britischen Gegenüber ein, in der *longue durée* zwischen Kaiserreich und dem Ende des „Dritten Reiches“. Dominik Geppert knüpft zeitlich an diesen Beitrag an (262-276) und untersucht die Ost-West-Selbstverortungen linker Intellektueller in dem schmalen Zeitfenster scheinbarer Offenheit zwischen 1945 und 1949. Katherine Pence schließt den Band dramaturgisch gelungen mit dem ambivalenten Verhältnis der DDR zur westlichen Konsumkultur ab (S. 277-292). Obwohl dieses Thema auf wenigen Seiten nur gestreift werden kann, gehört es auch in knapper Form in den Band, auch mit dem Ausblick in die „Westernization“ Ostdeutschlands nach der Wiedervereinigung.

Obwohl es mit diesem letzten Text eher handfest um Ökonomie ging, kann nach der Lektüre des Bandes erfreut ausgerufen werden: „Die Ideengeschichte ist tot, es lebe die Ideengeschichte!“ Etliche weiterführende Fragestellungen und Einzelaspekte bleiben noch zu klären; die Forschungsaktivitäten und Tagungsorganisationen der Herausgeber belegen das anhaltende Interesse an den übergeordneten Fragestellungen der heterogenen Konzepte des „Westens“ sowie den Gewinn ihrer Behandlung durch Historiker, Soziologen und Kulturwissenschaftler. Vielleicht können letztere in Zusammenarbeit mit Architekturhistorikern ja erkunden, weshalb neben einem Faksimile der Titelseite der im Beitrag von Benjamin Schröder behandelten Zeitung „Der Bote aus dem Westen“ aus dem Jahr 1831 eine kolorierte Fotografie des 1897 fertiggestellten Münchner Justizpalastes auf dem Cover des Bandes zu finden ist.

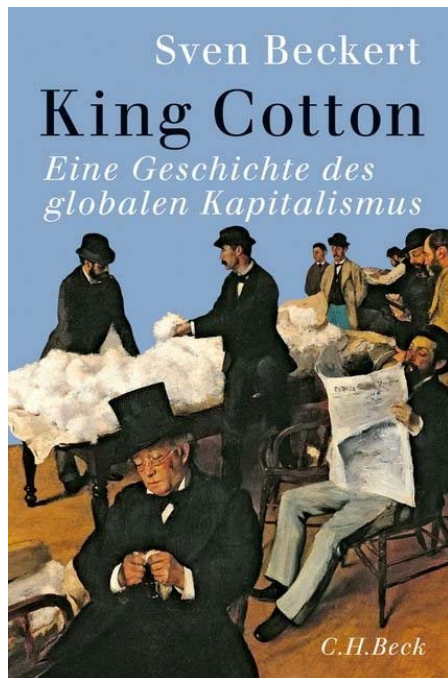
Friedrichsruh/Hamburg

Ulf Morgenstern

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Sven Beckert: *King Cotton. Eine Geschichte des globalen Kapitalismus.*

München: C.H.Beck, 2. Aufl. 2015, 525 S., ISBN: 978-3-406-65921-8



Sven Beckerts Buch „King Cotton“ ist seit seinem Erscheinen viel gelobt worden. Der Grundtenor der teils euphorischen Aufnahme bei den Rezensenten ist dabei vereinfachend so wiederzugeben: Erstmals sei einem, wenn nicht *dem* zentralen Industrieprodukt und Handelsgegenstand der Neuzeit in einem supranationalen Zugriff nachgespürt worden und die dabei aufgezeigten globalen Wandlungen seines Anbaus, seiner Verarbeitung und schließlich seiner Distribution zeichnen ein neues, weltumspannendes Bild der europäischen Expansion – bis zu ihrer Implosion im 20. Jahrhundert. Die Baumwolle werde durch diesen Zugriff zum roten Faden im Gewirr einer ganzen Epoche. Mit der Geschichte der Gewinnerzielung des Baumwollanbaus und -handels durch skrupellose Europäer und deren kaum menschenfreundlichere postkoloniale Adepten in Übersee liefere Beckert anhand einer Ware die Blaupause für die Entwicklung des kapitalistischen Welthandels an sich. Ist das so? Man ist geneigt zu antworten: Ja, genau so ist es!

Der in Harvard lehrende Historiker hat ein globales Buch mit globalen Quellen geschrieben. In 14 Kapiteln bearbeitet Beckert seinen fünf Jahrhunderte umspannenden Stoff. Der Leser staunt beim Blick in die umfangreichen Anmerkungen (S. 400-509) über die Vielfalt und Detailtiefe der Belege. Hier handelt es sich um mehr als einen der manchmal beargwöhnten großen Würfe der englischsprachigen Geschichtsschreibung, denen gelegentlich Erzähleifer und Thesenfreudigkeit vor Quellenerschließung und Literaturstudium zu gehen scheinen. Beckert hat in Archiven und Bibliotheken rund um die Welt intensiv der Geschichte der Baumwolle nachgespürt, das wird mehr als deutlich. Beim Lesen seiner Danksagung (S. 511-514) muss man Neidgefühle unterdrücken, denn die großzügige Förderung seiner langjährigen Recherchen auf allen Kontinenten ist beeindruckend; das sind Bedingungen, unter denen wohlkomponierte Synthesen entstehen! Nach einer konzisen Darstellung der Verbreitung der Baumwolle in der Antike und dem Mittelalter (S. 19-40) schildert Beckert in seinem zweiten Kapitel die Herausbildung einer waffengestützten ökonomischen Suprematie europäischer Staaten, die er „Kriegskapitalismus“ nennt, und die nicht weniger als der Schlüssel zu seinem Buch ist. Die in der Forschung und auch in der Öffentlichkeit bekannte und akzeptierte Kategorie des „Industriekapitalismus“ habe eine elementare Vorform gehabt, die als (teils später noch parallel existierende) *conditio sine qua non* die fabrikfixierte Produktion vorbereitet habe, eben den „Kriegskapitalismus“.

Dieser „Kriegskapitalismus“ heißt in Beckerts amerikanischem Original „war capitalism“ und ist damit tendenziell eindeutiger als seine Assoziationen zum „Kriegssozialismus“ hervorrufoende Übersetzung ins Deutsche. „Raub- und/oder Kolonisierungskapitalismus“ wäre vielleicht treffender gewesen, denn die aggressiven Landnahmen und Versklavungen zum Zwecke wirtschaftlichen Profits durch europäische Mächte sind mit „Kriegskapitalismus“ gemeint. Tatsächlich ist die durch staatliche Rückendeckung garantierte militärische Übermacht der europäischen Händler die Erklärung für ihren Erfolg. Zum Kriegskapitalismus gehören auch,

wie Beckert ausführlich darlegt, die afrikanischen Kollaborateure, die den Arbeitskräftebedarf mit dem Verkauf von Sklaven bedienten und (welch bittere Ironie!) sich diesen Menschenhandel in Baumwolle bezahlen ließen (S. 49). Ab ungefähr 1600 habe der Kriegskapitalismus die traditionelle Produktion und den etablierten Handel von Baumwolle radikal verändert: „Ein Produkt zwingt die Welt unter sein Joch“ und „bewaffneter Handel“ führte innerhalb der nächsten 200 Jahre zur Errichtung eines „Empire of Cotton“, so der Buchtitel im Original. Was dann folgt, unterstreicht Beckert in seinem im amerikanischen Untertitel „A global History“ formulierten Anspruch: In einer an der Baumwolle exemplifizierten Weltgeschichte des Kapitalismus folgt der Leser den Wandlungen von deren Produktion und Verarbeitung.

Das in buchstäblich jedem Haus zu findende Gewebe wird zur Chiffre für die Geschichte des Kapitalismus und des Aufblühens und Niedergangs von Produktionsstandorten. Europäische Fabriken verändern im 19. Jahrhundert den einzigen Kontinent, auf dem Baumwolle nicht angebaut wird, politisch und gesellschaftlich grundlegend. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schließen die Fabriken ihre Tore und es kommt zur „Rückkehr in den globalen Süden“. Das mit der Baumwolle verdiente Geld baute sich nördlich der Alpen bis ins 20. Jahrhundert hinein Herrenhäuser und Villen. Seit einigen Jahrzehnten ist es nicht mehr an den Nationalstaat gebunden. Besonders eingängig, wenn auch in humanitärer und freiheitlicher Hinsicht kaum erbaulich, ist das Kapitel über das Ende der „Herrschaft Europas über das Baumwollimperium“, das Beckert 1963 beginnen lässt (S. 385-398). Der Westen kauft und trägt Baumwolle, sie stammt aber nicht mehr aus den USA, sondern aus China, Indien, Usbekistan oder dem Senegal. In China, Pakistan und der Türkei wird sie gesponnen und gewoben und schließlich in Bangladesch und Vietnam vernäht (S. 386). Der Kriegs- und Industriekapitalismus hat hier als moderner Raubtierkapitalismus seine neuen globalen Heimstätten gefunden.

Beckert erzählt entlang des Baumwollfadens meisterhaft sowohl die Geschichte der europäischen Kolonisation und späteren Dekolonisation als auch die Entwicklung der Weltwirtschaft an sich, und man fragt sich, ob nicht statt Eisen, Kohle und Öl die Baumwolle der Motor hinter der industrialisierten Welt gewesen ist. Dass diese bekanntlich auch sozialistisch sein konnte, belegen die Beispiele Chinas (u.a. S. 383), Ägyptens, Indiens und vor allem das der Sowjetunion. Hier hätte man sich etwas ausführlichere Erläuterungen gewünscht, denn der globale Kapitalismus war in den Jahrzehnten der Existenz konkurrierender kommunistischer Wirtschaftsordnungen nie frei von Wechselwirkungen mit diesen. Bis er sie schließlich überwand. Oder sollte man nach der Lektüre von „King Cotton“ nicht besser sagen: Bis die Baumwolle den Kommunismus überwand?

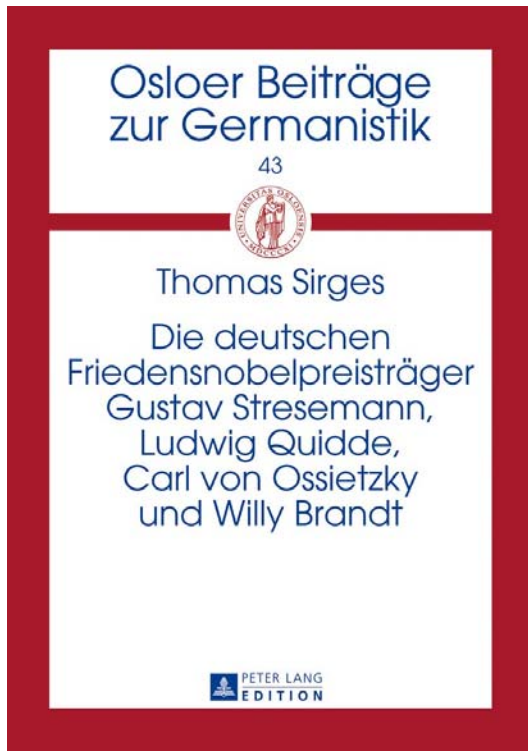
Friedrichsruh/Hamburg

Ulf Morgenstern

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Thomas Sirges: Die deutschen Friedensnobelpreisträger Gustav Stresemann, Ludwig Quidde, Carl von Ossietzky und Willy Brandt.

Frankfurt/M.: Peter Lang, 2013 (= Osloer Beiträge zur Germanistik, Band 43), 294 S., ISBN: 978-3-631-6206-1



Der Autor Thomas Sirges ist Professor für Deutsche Kulturkunde an der Universität Oslo und hat sich schon mehrmals mit dem Friedensnobelpreis und den vier deutschen Preisträgern beschäftigt. Der Preis gilt unbestritten „als der wichtigste der mehr als 100 weltweit vergebenen Friedenspreise“ (S. 20/21) und soll laut dem Testament des schwedischen Erfinders und Industriellen Alfred Nobel (1833-1896) seit 1901 von einem norwegischen[!] Komitee jährlich an die „Friedenaktivisten“ vergeben werden, „die sich am stärksten für die Verbrüderung der Völker und für die Beseitigung oder Reduktion stehender Armeen und die Organisation von Friedenskongressen eingesetzt haben“ (S. 22). Der Autor stellt fest, dass die gehobene Stellung dieses Nobelpreises darin liegt, „dass er immer wieder Widerspruch und Protest hervorruft“ (S. 21). Sirges betont außerdem in diesem Zusammenhang die Veränderungen in der Zusammensetzung des Komitees. Seit 1937 dürfen keine Regierungsmitglieder diesem Gremium angehören. Ab 1978 werden zudem keine aktiven Parlamentarier entsandt.

Anhand von zehn Grundfragen will der Autor „sowohl den Vorschlags- und Entscheidungsprozess als auch den Verlauf des öffentlichen Meinungsstreits in Deutschland und Norwegen und die Folgen der deutschen Preise eingehender“ (S. 11) untersuchen. Die einleitenden Ausführungen und Erläuterungen der jeweiligen Entscheidungen sind sehr hilfreich.

Mit Gustav Stresemann (1878-1929) wurde der Nobelpreis 1926 erstmals einer deutschen Persönlichkeit (zusammen mit dem französischen Politiker Aristide Briand) verliehen. Von den vier deutschen Kandidaten Harry Graf Kessler, Ludwig Quidde (Friedensnobelpreisträger 1935), Reichskanzler Hans Luther und Außenminister Gustav Stresemann gehörten zwei der damaligen Reichsregierung an. Nicht nur die Vergabe an ein aktives Regierungsmitglied, sondern auch die Auszeichnung für ein noch nicht abgeschlossenes Friedensprojekt war bis dahin noch nicht praktiziert worden.

Die Biografie Stresemanns ist, gerade für die Zeit 1918/19, etwas zu knapp und holzschnittartig geraten. Die geplante Fusion der beiden liberalen Parteien (Nationalliberale Partei und Fortschrittspartei) scheiterte u.a. auch an der Weigerung der DDP-Führung, Gustav Stresemann aufgrund seiner weitreichenden Kriegsziele im Falle eines Sieges als Mitglied aufzunehmen. Auch die Einschätzung, Stresemann innenpolitisch dem „linksliberalen Lager“ zuzurechnen (S. 32) hält der Rezensent ebenso für diskussionswürdig wie die Beurteilung des Wahlergebnisses von 1919 von 4,4 % als „Achtungserfolg“ (S. 33). Die recht bescheidene Höhe lag zu erheblichen Teilen an dem späten Gründungsdatum der neuen Partei.

Der zweite deutsche Friedensnobelpreis wurde dem Historiker, Politiker und Pazifisten Ludwig Quidde (1888-1941) verliehen. Er war von 1914-1933 Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Besonders durch seine Kritik an der Selbstherrlichkeit Kaiser Wilhelms II., den er 1894 mit dem römischen Kaiser Caligula verglich, war er reichsweit bekannt geworden. Er hatte auch aufgrund finanzieller Probleme seine Kandidatur gefördert und erhielt die Auszeichnung für 1927. Sein parteipolitisches Wirken, vor allem in der DDP, sein Austritt mit anderen Pazifisten nach der Umwandlung zur Deutschen Staatspartei (DStP) 1930 sowie die Gründung der erfolglosen Radikaldemokratischen Partei (RDP) bleiben leider ausgeblendet. Zumindest Hinweise auf die einschlägigen Veröffentlichungen von Burkhard Gutleben und auf das Wuppertaler Bildungswerk „Ludwig Quidde-Forum“ wären sinnvoll gewesen. Er ist zumindest in linksliberalen Kreisen nicht so vergessen, wie der Verfasser in einer Überschrift meint (77).

Carl von Ossietzky (1889-1938) wird als „Publizist und radikaler Pazifist“ (124) charakterisiert. Große Bedeutung erlangte er als Mitarbeiter und seit Ende 1926 als Herausgeber der linksliberalen Zeitschrift „Weltbühne“. Ein Verfahren wegen Landesverrats vor dem Reichsgericht („Weltbühne-Prozess“) endete mit einem Gesinnungsurteil und einer Gefängnisstrafe. Ossietzky trat parteipolitisch kaum hervor, war jedoch 1924 Mitbegründer der nur kurzfristig in Erscheinung getretenen „Republikanischen Partei“. Die zahlreichen Vorschläge, den Friedensnobelpreis Carl von Ossietzky zu verleihen (Liste 262-265) begannen schon 1924 und waren besonders ab 1933 schwerpunktmäßig politisch motiviert. Sie sollten sowohl die Verfolgung Ossietzkys publik machen als auch praktisch seine Freilassung aus der KZ-Haft erreichen. Die nationalsozialistischen Machthaber reagierten auf die Verleihung des Preises im Jahr 1936 für 1935 an den Pazifisten empört. Andererseits sahen sie sich im Olympiajahr 1936 genötigt, den schwerkranken Ossietzky unter Überwachung in ein Krankenhaus zu verlegen. Die persönliche Annahme der Auszeichnung wurde ihm verwehrt. 1937 entschied Hitler, den Deutschen die Annahme des Friedensnobelpreises grundsätzlich zu verbieten.

Es sollte bis 1971 dauern, bis mit Willy Brandt (1913-1991) wieder ein Deutscher und diesmal sogar der Bundeskanzler für seine Friedensbemühungen im Rahmen der „Ostpolitik“ ausgezeichnet wurde. Diese Entscheidung, die vor der Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen fiel, führte in Deutschland zu heftigen Reaktionen. Neben der Ablehnung der „Ostverträge“ allgemein, die endlich begannen, die Realität und auch die neuen Grenzen in Europa anzuerkennen, wurde Willy Brandt von konservativen und rechten Kräften wegen seiner unehelichen Geburt, seiner politischen Vergangenheit als Kommunist, der Annahme eines Decknamens und seines Exils in Norwegen heftig und persönlich beleidigend beschimpft. Hier ist nicht nur die „Deutsche National-Zeitung“ (S. 225) zu nennen, sondern auch auf die Vielzahl der Publikationen von Vertriebenen- und Soldatenverbänden hinzuweisen. In den Ausführungen zur neuen „Ostpolitik“ fehlt leider jeder Hinweis auf die wegweisenden Beiträge der Liberalen (z. B. Pfeleiderer, Mende, Mischnick, Schollwer, Rubin) bis hin zum Außenminister Scheel zu diesem Thema, auch wenn die Deutschlandpolitik vom Bundeskanzleramt geleitet wurde.

Positiv zu erwähnen sind die wenigen, aber sehr gut ausgewählten Abbildungen, die von Fotos bis zu hin zu Karikaturen einen guten Einblick in das in- und ausländische publizistische Echo geben. Die umfangreiche Liste der benutzten Zeitungen und Zeitschriften belegt eindrucksvoll die intensiven Recherchen. Eine Liste der Friedensnobelpreisträger hat der Rezensent allerdings vermisst.

Zu den Seiten 257 bis 259 mit den in Deutschland und Schweden erschienenen Postwertzeichen ist leider zu bemerken, dass der Autor hier große Defizite in den Bereichen Philatelie und Postgeschichte aufzeigt: Zumindest deutsche Briefmarken werden durch die „Michel-Nummer“ (benannt nach den gleichnamigen Katalog) bezeichnet und identifiziert. Es war dem Autor anscheinend auch nicht bekannt, dass neben der Deutschen Bundespost in Bonn auch die Deutsche Bundespost [West]Berlin vom 3.9.1948 bis zum 27.9.1990 eigene Post-

wertzeichen herausgab. Dazu gehört auch die abgebildete Marke zu Carl von Ossietzky (Michel-Nr. 851). Warum der Autor die Abbildungen außerdem einem „Privatarchiv“ entnimmt, ist dem Rezensenten unverständlich.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Band einen guten Einblick in die Verfahren zu den Verleihungen des Friedensnobelpreises an deutsche Preisträger bietet. Der beschränkte Umfang der Kapitel zu den vier Persönlichkeiten ist ursächlich für manche Lücken und diskussionswürdige Feststellungen. Zumindest drei der Personen waren Liberale, von denen aber nur Stresemann als erfolgreicher Parteipolitiker in Erscheinung trat.

Radebeul

Lutz Sartor

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

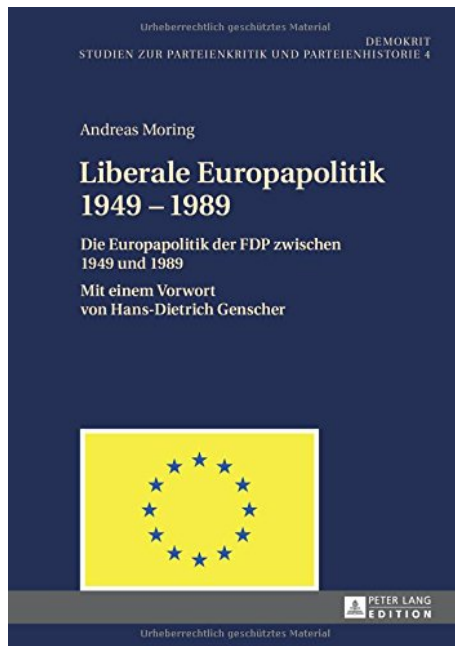
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Andreas Moring: Liberale Europapolitik 1949-1989. Die Europapolitik der FDP zwischen 1949 und 1989.

Frankfurt a.M.: Peter Lang, 2014 (= DemOkrit: Studien zur Parteienkritik und Parteienhistorie, Band 4), 617 S., ISBN 978-3-653-03663-3



Viel vorgenommen hat sich der Autor mit seinem Werk, das als Dissertation an der Helmut-Schmidt-Universität, vormals Hochschule der Bundeswehr Hamburg, 2012 angenommen wurde. In den ersten beiden Jahrzehnten des Untersuchungszeitraums war die FDP – von der Amtszeit Walter Scheels als Entwicklungshilfeminister abgesehen – nicht unmittelbar an außenpolitischen Aufgaben beteiligt, so dass ihre programmatischen Aussagen eher deklamatorischen Wert hatten. In den folgenden beiden Jahrzehnten verfügte sie jedoch über die Schlüsselposition des Außenministers, was die Relevanz parteipolitischer Programme nur theoretisch erhöhte. Denn der Autor gelangt zu dem Schluss, dass in Zeiten außenpolitischer Einflusslosigkeit die FDP sich intensiv mit Außenpolitik befasste, während sie sie in Zeiten eigener außenpolitischer Verantwortung partiintern nachrangig behandelte.

Die Darstellung weist aus, wie schwierig die europäischen Integrationsprozesse hin zu einer europäischen Union waren, die bis heute nur nominell verwirklicht ist. Streitpunkte waren etwa die gemeinsame Agrarpolitik, die gemeinsame Außenpolitik, die Handelspolitik, die Einrichtung einer Europäischen Zentralbank, die Wirtschafts- und Währungsunion. Der mühsame Kampf um die Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments, das auch nach der Einführung der Direktwahl 1979 in der Machtlosigkeitsfalle saß, ist nur ein Aspekt der Politik der kleinen Schritte. Die Einheitliche Europäische Akte von 1986 umriss größere Perspektiven, die über den Untersuchungszeitraum hinausreichen, wobei die völkerrechtliche Frage der Verbindlichkeit der Akte in der Darstellung uneinheitlich aufgefasst wird (S. 484 f., 520).

Die sieben chronologisch geordneten Hauptkapitel sind, von den unterschiedlichen Überschriften abgesehen, im Wortlaut identisch untergliedert. Auf eine sehr kurze Einleitung folgt jeweils die Entwicklung der europäischen Integration, die Europapolitik der FDP, unterteilt in die Entwicklung der FDP und die europapolitischen Ziele und Initiativen der FDP, abgeschlossen jeweils von einer Zusammenfassung. Mit diesem Verfahren lässt der Autor den Leser an seinen Mühen der Stoffbewältigung teilnehmen, was kein Vergnügen ist, weil Aspekte in verschiedenen Unterkapiteln mehrfach wieder aufgegriffen werden und weil der Autor nacheinander Papiere, Reden und sonstige gleichartige Äußerungen einzeln durchgeht. Mit beiden Vorgehensweisen mutet er dem Leser redundante Wiederholungen zu. Die recht kompakt formulierten Zusammenfassungen der Kapitel entschädigen für die Mühsal der langatmigen Lektüre.

Dabei hat, wie der Autor zeigt, die Europapolitik der FDP keineswegs eine einheitliche Entwicklung genommen. Denn in den ersten Jahren der Bundesrepublik unterstützte sie die westeuropäische Orientierung der Bundesregierung in Form der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) trotz ihres wirtschaftlichen Protektionismus, während sie

sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nationalistisch positionierte, als es um die Saarfrage und den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO ging. Die Wiedereingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik betrieb die FDP im Sinne eines ersten Schrittes zur Wiedervereinigung, die nach ihrer Auffassung auch die DDR und die ehemaligen Ostgebiete umfassen sollte. Den Beitritt zur NATO betrachtete sie als Chance zur Gewinnung größerer nationaler Souveränität. Die europapolitische Position der FDP schwankte, sofern es um die Westverträge ging, zwischen Föderation und Konföderation. Dass die FDP sich gegen eine wirtschaftsprotektionistisch agierende EWG positionierte, die mächtige Exekutivinstitutionen bei mangelnder demokratischer Kontrolle vorsah und wichtige westeuropäische Staaten zunächst ausschloss, für Osteuropa jedoch keine Perspektiven eröffnete, lässt sich zwar nachvollziehen, beweist aber andererseits, wie die Partei sich gegenüber einer strategischen Entscheidung der übergroßen Bundestagsmehrheit von regierender CDU/CSU und oppositioneller SPD ins Abseits manövrierte, aus dem sie wieder herausfinden musste.

Der Autor weist die Bedeutung des Berliner Mauerbaus und der Kuba-Krise für die Wandlung der Grundeinstellung der FDP hinsichtlich einer größeren Akzeptanz der EWG nach, während Initiativen zu einer flexibleren Politik gegenüber der Sowjetunion schon in den 1950ern gestartet wurden. Unter dem wachsenden Einfluss der Reformer trat die FDP realpolitisch zunehmend für strukturelle und wirtschaftspolitische Reformen der EWG ein, die von 1969 an über zwei Jahrzehnte des Untersuchungszeitraums von Außenministern aus den Reihen der FDP verantwortet wurden. Den hier zugleich offenbar werdenden Stilwandel des Bundeskanzlers gegenüber dem kleinen Koalitionspartner hätte der Autor auch explizit verdeutlichen sollen. Während für die FDP und die Koalitionsmehrheit die enge Zusammenarbeit in der sozialliberalen Koalition überlebenswichtig war, hatte Adenauer seine Koalitionspartner im Sinne der Kanzlerdemokratie vor die Wahl gestellt, seiner Politik einschließlich der Außenpolitik zu folgen oder, wie 1956 geschehen, aus der Regierung auszuschcheiden. Die Feinabstimmung der sozialliberalen neuen deutschen Ostpolitik mit den westlichen Partnern, die in das Projekt der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mündete, diente perspektivisch einer gesamteuropäischen Zielsetzung. Für die Beendigung des Untersuchungszeitraums 1989 gibt es kaum ein Argument, es sei denn die Wahl zum Europäischen Parlament, in das die FDP nach einer Vakanz wieder einziehen konnte, oder den Zusammenbruch der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa mit der Folge der deutschen Wiedervereinigung, worauf auch die Weiterführung der Datenübersicht bis zum Zwei-plus-vier-Vertrag hindeutet. Der Anhang hält eine nützliche tabellarische Übersicht über die europapolitische Programmatik der FDP von 1949 bis 1989 bereit.

Über die störenden Redundanzen hinaus, deren erstes Symptom die Identität von Buchtitel und Untertitel mit Ausnahme des Attributs ist, weist die Untersuchung weitere Probleme auf. Grundsätzlich scheint der Autor misstrauisch hinsichtlich des Überblicks der Leser, wenn nicht seines eigenen Überblicks zu sein. Denn nach einer ausführlichen wissenschaftlichen Einführung überrascht er mit einer 20-seitigen Datenliste, die man eigentlich im Anhang erwartet hätte. Sie bricht mitten im Satz ab. Der Autor holt weit aus bis ins 19. Jahrhundert, um die Europavorstellungen der Liberalen vor Gründung der FDP historisch einzuordnen, spart allerdings die unmittelbare Vorgeschichte der Nachkriegszeit, die nationalsozialistische Diktatur, aus, in der die Europaideen und -pläne des liberalen Exils und der liberalen Widerstandsgruppe Robinsohn-Strassmann entwickelt wurden. Dabei wäre gerade die Frage, welchen Widerhall die gegen die nationalsozialistische Hegemoniepolitik gerichteten liberalen Europakonzeptionen in der Programmatik und Politik der FDP fanden, von Interesse gewesen.

Im Fall des Politikers Wilhelm Heile, der jahrzehntelang liberalen Parteien verbunden war, fällt auf, dass der Autor ihn auch nach seinem Wechsel von der FDP zur Deutschen Partei als führenden Liberalen bezeichnet, als sei die neue parteipolitische Orientierung irrelevant. Die programmatischen Aussagen der überparteilichen Europa-Union, die eine Vordenkerfunktion ausübte, werden allerdings zu Recht immer wieder als Bezugspunkte gewählt.

Während der Schreibfehler einer "Feien Demokratischen Parte" (S. 55) als einer von vielen Flüchtigkeitsfehlern mit unzureichendem oder fehlendem Lektorat erklärt werden kann, lassen andere Fehler Zweifel aufkommen, inwiefern die Stoffmenge überzeugend bewältigt wurde. Der jahrzehntelang prominente nordrhein-westfälische FDP-Politiker Willi Weyer wird konsequent falsch als Willy Weier verschrieben. "Dietrich" Middelhauve (S. 190) heißt tatsächlich Friedrich. Im engeren Kreis der FDP-Reformer in den 1960er Jahren nennt der Autor einen ansonsten unbekannten Wolfgang Friedrich. Den vormaligen FDP-Vorsitzenden Thomas Dehler lässt er unbeeindruckt von dessen Tod sich gegen die Hinwendung der FDP zur SPD im Kontext der Bundestagswahl 1969 positionieren, doch er verortet Dehler "spätestens 1969" (S. 321) posthum ebenfalls unter den FDP-Reformern.

Ärgerlich sind desöfteren ungenaue Zitatnachweise ohne Seitenangaben. Das Register überrascht weniger durch die sehr selektive Zusammenstellung von Namen, in die beispielsweise nicht einmal der von der FDP gestellte EU-Kommissar Guido Brunner aufgenommen wurde, als vielmehr durch die Beschränkung auf die Familiennamen, was im Fall der FDP-Vorsitzenden unerheblich, im Fall eines Schmidt (Carlo Schmid? Helmut? andere?) aber ein Desiderat ist. Eine Überprüfung marginalisiert dieses Problem, da die Seitennachweise durchweg unbrauchbar, weil falsch sind.

Die Häufung der Unsicherheiten und Fehler lässt dem Nutzer der Arbeit eine Überprüfung der Angaben im Zweifelsfall ratsam erscheinen. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach dem Sinn des Verzichts von Verlag und Herausgebern auf ein zeithistorisches und germanistisches Lektorat.

Solingen

Horst Sassin

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

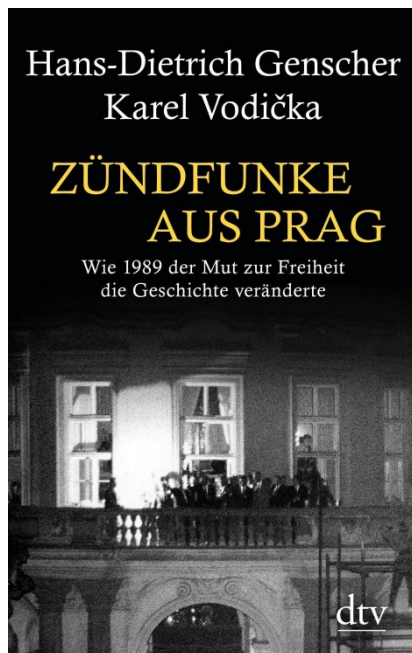
in Kooperation mit

 recensio.net

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Hans-Dietrich Genscher/Karel Vodička: Zündfunke aus Prag. Wie 1989 der Mut zur Freiheit die Geschichte veränderte.

München: dtv 2014, 352 S., ISBN: 978-3-423-28047-1



Die vorliegende Untersuchung ist eine populäre Aufarbeitung der wissenschaftlichen Dokumentenedition, die von Karel Vodička am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität Dresden erstellt wurde. In quasi tagebuchartigen Beschreibungen schafft es der Autor, Teile der Vorgeschichte der sogenannten „Wende“, die er methodisch als Implosion interpretiert, sehr spannend und lebendig darzustellen. Im Mittelpunkt stehen hierbei die dramatischen Tage in der bundesrepublikanischen Botschaft in Prag – in der zweiwöchig bis zu 4.500 DDR-Flüchtlinge ausharrten – und die Bemühungen und Beharrungen der Bundesrepublik, der DDR und der CSSR, damit umzugehen und eine Lösung zu finden.

Für die Silvesternacht 1989/90 werden vom Autor die unterschiedlichen Handlungsmotive, Aktivitäten, Gespräche und Diskussionen der dramatis personae der drei Seiten dargestellt. Besonders interessant ist hier die bedeutende Rolle des bundesdeutschen Botschafters Huber in Prag, die in dieser Eindringlichkeit und Intensivität noch nicht

beschrieben worden ist. Dies macht die vorliegende Darstellung sehr lesenswert, da nicht nur die Akteure der Regierungen in Prag, Bonn und Ost-Berlin thematisiert werden, sondern auch die Mitarbeiter der bundesdeutschen Botschaft in Prag, für die die Tage im Herbst 1989 mit fast übermenschlichen Herausforderungen verliefen. Gerade diese Gegenüberstellung, die des „Alltags“ in der Botschaft und die Reaktion der Entscheider darauf liefern ein Bild der Realität, das abseits der großen Entscheidungen auch die Menschen in der Analyse nicht zu kurz kommen lässt.

So ist der Leser in der Lage, die Vorgänge vor und in der Prager Botschaft, die auch – so die These des Autors – die tschechische Bevölkerung aufgerüttelt und dazu bewogen haben, auf die Straße zu gehen, nachzuvollziehen und quasi mitzuerleben. Die Untersuchung ist chronologisch aufgebaut, Ausnahmen bilden hier der Prolog von Hans-Dietrich Genscher und der Exkurs des Prager Oppositionellen Petr Pithart. Nach einführenden Worten von Vodička lässt Hans-Dietrich Genscher unter dem Titel „Der Kreis schließt sich“ sein politisches Erleben der Ereignisse in Prag erneut aufleben. Diese Zeilen sind allerdings nicht neu. Der gleiche Abschnitt ist schon in seinen „Erinnerungen“¹ nachzulesen, die 1995 im Siedler-Verlag veröffentlicht worden sind.

Im Hauptkapitel „Die Meilensteine auf dem Weg zur Freiheit“ (S. 22-277) widmet sich Vodička dem Prozess des Umbruchs in der DDR am Beispiel der Vorgänge in der Prager Botschaft. Hier schafft er es, sehr gut die internationalen Spannungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik, zwischen der Bundesrepublik und der CSSR, aber auch die Unterstützung der DDR-Position durch die tschechische Regierung darzustellen, die sich sukzessive – aufgrund der dramatischen Situation der Flüchtlinge in der Prager Botschaft – von einer Un-

¹ Hans-Dietrich Genscher: Erinnerungen, Berlin 1995, S. 13-24.

terstützungsposition in eine Situation des Forderns wandelte, mitzerleben. Als nämlich die Stimmung in der Botschaft zu kippen begann, Flüchtlinge vor der Prager Botschaft ausharrten, schließlich die drei Zugaktionen in die Freiheit führten, entwickelte sich auch in Prag eine Stimmung des Aufbegehrens.

Die Überschriften der einzelnen Kapitel sagen kurz und knapp aus, wie Vodicka die Chronologie des 1989er Herbstes interpretiert, wo er Einschnitte und Entwicklungsschritte hin zur friedlichen Revolution in der DDR und auch der wechselnden Stimmung der Prager Bevölkerung sieht. So wird der September 1989 als „Dammbruch“, der Oktober als „Grenzschießung – Startschuss der Revolution“, der November als „Mauerfall und Samtene Revolution“ und der Dezember 1989 als „Die Entkommunisierung schreitet voran“ analysiert.

Spätestens ab November 1989 entwickelte sich auch in Prag eine offene oppositionelle Stimmung, die die tschechische Führung schon seit Monaten befürchtet hatte. Ermutigt durch die (fast) friedlichen Montagsdemonstrationen in der DDR und die ermöglichte Ausreise der Flüchtlinge in die Bundesrepublik schöpften auch die Prager Mut, sich zu der samtenen Revolution zu erheben. Unabhängige Bürgerinitiativen, Oppositionelle, Studierende und vorher nicht politisierte Prager Einwohner – sie engagierten sich verstärkt politisch und gesellschaftlich im Herbst 1989.

Die erste freie Demonstration von Prager Studenten im November 1989 wird blutig niedergeschlagen. Der Zug der Freiheit ist jedoch auch in Prag nicht mehr aufzuhalten. Am vom Bürgerforum initiierten Generalstreik unter der Losung „Schluss mit der Einparteiherrschaft“ nahmen landesweit 75% der Bevölkerung teil, die immer mehr ein neues System wollte. Bereits am 29.12.1989 wurde der Oppositionelle Václav Havel neuer Staatspräsident.

Zu dieser Entwicklung hin brauchte es auch die Stärke und den Willen der Menschen in der DDR, nicht mehr im sozialistischen System leben zu wollen. Dies beschreibt Petr Pithart über die Rolle der Deutschen in seinem Exkurs. „Dieser plötzliche Einfall der Freiheit in die bisher starre, für 20 Jahre durch die Okkupation verstummte Stadt war ein unermesslicher Beitrag zur Beendigung der Verhältnisse in Mitteleuropa. Er führte die Prager dazu, sich zu erheben“ (S. 290). Im Abschlusskapitel zeigt sich noch einmal deutlich, wie die dramatischen Tage in der Prager Botschaft, die Flüchtlingsströme, die aus der DDR über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ziehen konnten, einen Stimmungswandel in der tschechischen und slowakischen Gesellschaft mitbedingt und ausgelöst haben.

So wird in der Studie besonders deutlich vor Augen geführt, wie die Zerschlagung der Systeme in beiden Staaten gleichzeitig stattgefunden, sich gegenseitig bedingt und beeinflusst haben. Mit dieser Dokumentation ist ein spannender, lebendiger und nachdenklich machender Beitrag zum Fall des Ostblocks und dem Aufbruch in die Freiheit gelungen.

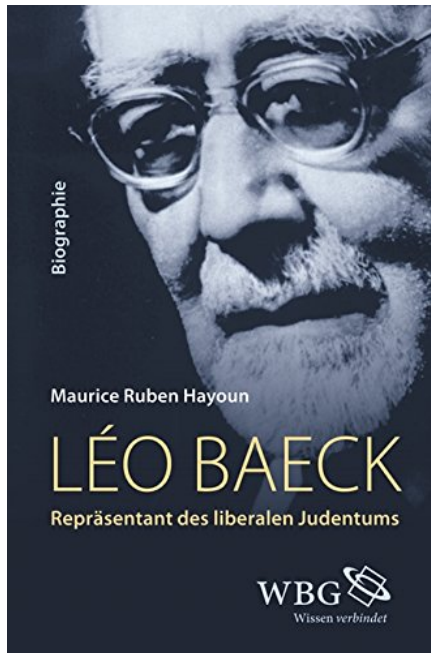
Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Maurice-Ruben Hayoun: Leo Baeck. Repräsentant des liberalen Judentums.

Aus dem Französischen von Alexandra Maria Linder. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2015, 400 S., ISBN: 978-3-534-25758-4



Der französische Judaist und Mediävist Maurice-Ruben Hayoun ist auch hierzulande kein Unbekannter. Die 2004 erschienene „Geschichte der jüdischen Philosophie“ pries der Verlag seinerzeit als „ersten ernsthaften Versuch einer deutschsprachigen Gesamtdarstellung jüdischer Philosophie“ seit 1933. Vor der fachkundigen Kritik konnte sie allerdings nicht bestehen. Der Autor sei seinem Thema nicht gewachsen, die Darstellung lücken- und fehlerhaft und nach der methodischen Seite hin bodenlos, urteilten etwa Christoph Schulte und Friedrich Niewöhner.

Nun hat die Wissenschaftliche Buchgesellschaft Hayouns Leo Baeck-Biographie in ihr Programm aufgenommen. Offensichtlich wollte man von vornherein Vorkehrungen gegen eine ungünstige Rezeption treffen. So wird im Klappentext der „leicht zugängliche und gut lesbare Stil“ hervorgehoben, was wohl bedeuten soll, dass kein wissenschaftlicher Anspruch zugrunde liegt. Auch betont der Verlag die lebensgeschichtliche Schwerpunktsetzung; Baecks religionsphilosophisches Werk werde daneben

bloß „in den Blick genommen“. Im Ergebnis handele es sich aber dennoch um eine „umfassende Biographie“, die den Leser „fachlich fundiert und anspruchsvoll“ mit Leo Baeck bekanntmache.

Leider, es ist nicht anders zu sagen, bestätigen sich die skeptischen Befürchtungen, die man solcher Anpreisung zum Trotz hat. Über die stilistische Seite des Buches sollen, zumal es sich um eine Übersetzung handelt, nicht viele Worte gemacht werden. Gut zu schreiben, ist nicht jedermanns Sache. Im vorliegenden Fall allerdings stören die häufigen Werturteile, die penetrant verteilten Sympathie- und Missfallensbekundungen die Lektüre doch erheblich. Auch geht die angestrebte Art, mit der der Autor Nähe zum Gegenstand erzeugen möchte, auf die Nerven. Wäre der Leser nicht ohnehin schon an Baeck interessiert, würde er ja gar nicht erst zu dem Buch greifen. Er muss also nicht ununterbrochen auf Aspekte der Originalität und Besonderheit hingewiesen werden. Hinzu kommt, dass die meisten direkten und indirekten Zitate unbelegt bleiben. Der Verdacht liegt nahe, dass es sich über weite Strecken um eine Hervorbringung aus zweiter Hand handelt.

Doch ein anderes Moment wiegt schwerer: Hayoun erlaubt sich einen Umgang mit seinem Thema, der kaum mehr „großzügig“ genannt werden kann. Das Bestreben, einen ersten Eindruck von dem Lebensweg Leo Baecks zu geben, verleiht ihm nicht das Recht, souverän an der inzwischen vorhandenen Literatur vorbeizuschreiben. Stattdessen stützt er sich auf anderweitige Materialien, darunter eigene Arbeiten, die irgendwie auch mit der Sache verbunden sind, den Blick aber doch ständig in ganz andere Regionen lenken.

Gewiss ist Hayoun im Besitz der Kompetenzen, die für sein Vorhaben erforderlich sind. 1992 hat er etwa Baecks „Wesen des Judentums“ in einer mit Einleitung und Anmerkungen versehenen französischen Ausgabe herausgegeben. Das Reformjudentum ist sogar sein Vorzugs-

thema; 2014 hat er dazu ein Werk unter dem Titel „Le judaïsme libéral. Histoire et pensées des origines à nos jours“ veröffentlicht. Dennoch macht das vorliegende Buch einen dilettantischen Eindruck. Viele Formulierungen erinnern an seminarhafte Anfängerstilistik: „Der beste Weg, um Baeck genau kennen zu lernen, seinen Lebensweg nachzuverfolgen und den Schwerpunkt auf das zu legen, was wirklich für ihn zählte, ist, seine Gedanken zu Themen zu analysieren, die ihm am meisten am Herzen lagen.“ (S. 208)

Was den Aufbau und die Gliederung betrifft, so liegt eine chronologische Anordnung zugrunde. Das biographische Grundschema wird jedoch immer wieder durch exkursartige Passagen unterbrochen. So finden sich Ausführungen über die „charakteristischen Eigenschaften Spinozas“ und dessen jüdische Erziehung in Amsterdam, die nur locker durch Baecks Dissertationsthema (Spinozas erste Einwirkungen auf Deutschland, Berlin 1894) motiviert sind. Ähnlich verhält es sich mit dem umfangreichen Einleitungsabschnitt über „Das Jahrhundert nach Moses Mendelssohn“, das Hayoun über eine Mendelssohn-Würdigung Baecks von 1929 mit seinem Thema verknüpft. Erörterungen zur Rolle Gershom Scholems im Nachkriegsdeutschland oder ein aufsatzartiger Einschub über den Reformrabbiner Leopold Stein sind vollends entbehrlich. Weiteres ließe sich nennen.

Die ärgerliche Kehrseite ist, dass bei all dem die Schilderung des Weges von Leo Baeck blass bleibt. Viele biographische Stationen werden allenfalls gestreift, und die so häufig beschworene herausgehobene Bedeutung des Protagonisten erschließt sich dem Leser weder nach Grund noch Inhalt.

Im Ganzen handelt es sich um ein unzuverlässiges, oberflächliches Buch. Die so dringend erwünschte, auch anspruchsvolleren Anforderungen gewachsene Biographie hat Hayoun nicht geschrieben. Vorläufig ist dem interessierten Leser mit den wesentlich bescheidener auftretenden Beiträgen von Walter Homolka und Elias H. Füllenbach¹ besser gedient.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

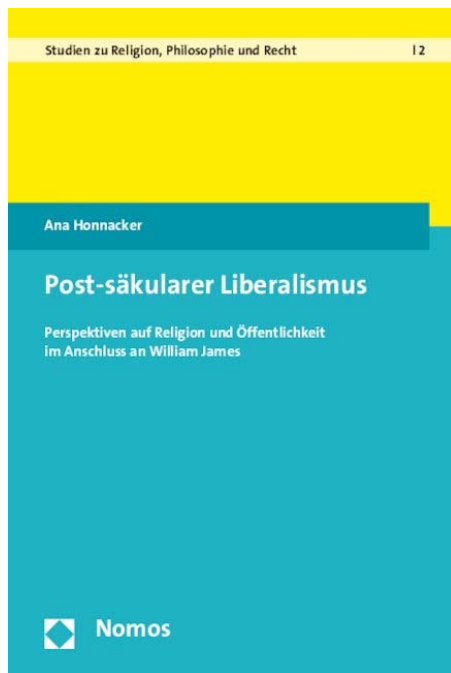
 recensio.net

¹ Leo Baeck. Eine Skizze seines Lebens, Gütersloh 2006 sowie dies.: Rabbiner Leo Baeck. Ein Lebensbild, Berlin 2009

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015

Ana Honnacker: **Post-säkularer Liberalismus. Perspektiven auf Religion und Öffentlichkeit im Anschluss an William James.**

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, 2015 (= Studien zu Religion, Philosophie und Recht, Band 2), 386 S., ISBN 978-3-8487-1972-3



„Philosophie steht für mich nicht abseits vom alltäglichen Leben oder gar im Gegensatz dazu. Vielmehr begreife ich sie als Navigationsinstrument durch den Dschungel menschlicher Erfahrung.“ Mit diesen Worten beschreibt die Autorin ihr Leitbild von Philosophie, und es scheint von daher keineswegs zufällig, dass sie sich gerade dem Pragmatismus verschrieben hat. Denn es ist die Kategorie der „Erfahrung“, um die sich hier alles dreht, und zwar auch in denjenigen Fragestellungen, die bei einer Studie zum „Post-säkularen Liberalismus“ das Interesse besonders auf sich ziehen.

Es soll dabei, dem Untertitel zufolge, um „Perspektiven auf Religion und Öffentlichkeit im Anschluß an William James“ gehen. Einen guten Anfang nimmt das Unternehmen schon mit der Ausgangsfeststellung, dass das Phänomen Religion in den letzten Jahren vielfach als „Reizthema“ in Erscheinung getreten sei. Dabei lässt Ana Honnacker sich nicht auf die zur Zeit recht beliebte Rede von einer „Wiederkehr“ der Religion, des Heiligen oder Gottes ein. Die europäische Identität ist für sie nur

noch „diffus christlich säkular“. Insofern stellt sich von selbst die Frage, welche Rolle Religion in einer sich selbst als modern und liberal verstehenden Gesellschaft spielen kann und darf.

Honnacker gedenkt nicht, sich auf eine Position zurückzuziehen, für die der legitime Ort des Religiösen nur noch im Privaten zu suchen ist. Auch in einer „post-säkularen“ Grundsituation bleibt der Bereich religiöser Überzeugungen auf die Sphäre des Öffentlich-Politischen bezogen, handelt es sich doch hier um eine fundamentale Gestalt von Sinndeutung und Kontingenzbewältigung. Das gilt um so mehr, je ernster man den Umstand nimmt, dass alle Perspektiven, von denen aus in einem demokratischen Gemeinwesen normativ fundierte Entscheidungen begründet und getroffen werden können, lediglich einen partikularen Stellenwert haben. Erst ein konsequent anerkannter, in seinen praktischen Folgen respektierter „pluralistischer Pragmatismus“ wird dem Anspruch gerecht, den die Demokratie unter post-säkularen Bedingungen an sich selbst stellt. Strategien, die religiös orientierten Bürgern die Teilnahme am öffentlichen Diskurs erschweren wollten, wären mit dem Selbstverständnis modern-demokratischer Gesellschaften unvereinbar.

Für diese Haltung nimmt Honnacker den amerikanischen Religionsphilosophen William James (1842-1910) zum Gewährsmann. Es handelt sich also von der Zielsetzung her bei der Studie nur mittelbar um einen philosophiegeschichtlichen Beitrag; dem Inhalt nach geht es dann allerdings doch größtenteils um eine referierend-analytische Rekonstruktion der von James entwickelten Position.

Nun gilt James zwar als der klassische Repräsentant des Pragmatismus schlechthin. Mit seiner Schwerpunktsetzung im Bereich der individuellen religiösen Erfahrung („The Varieties

of Religious Experience. A Study in Human Nature“, 1902) hat er überdies die methodische Begründung der modernen religionswissenschaftlichen Forschung stark beeinflusst. Welche Bedeutung seinem Werk hingegen für die politische Thematik zukommt, blieb bisher eher unklar. An dieser Stelle möchte Honnacker die Perspektive schärfen. Sie setzt mit einer Beschreibung der aktuellen „post-säkularen Grundsituation“ ein (Kap. 1), diskutiert diverse „Modelle“ zur Würdigung religiöser Stimmen in der Öffentlichkeit (Kap. 2: Robert Audi, Jürgen Habermas, Gerald Gaus u.a.) und skizziert dann die „Grundzüge des humanistischen Pragmatismus“ (Kap. 3). Ausführlich widmet sie sich dem pragmatistischen Wahrheitsbegriff. Ihm kommt in der Tat für die religionswissenschaftliche Theoriebildung mehr und mehr eine zentrale Rolle zu, und auch die konfessionsgebundene Theologie wird sich ihm auf Dauer nicht verschließen können. Sehr gelungen ist die Darstellung der „Theorie des Religiösen“ bei James (Kap. 4), die die „Erfahrung“, deren Übersetzung in die „Überzeugung“ als Ausdruck religiöser Gewissheit und die Problematik der Formulierung eines subjektunabhängigen Wahrheitsanspruches in den Mittelpunkt stellt.

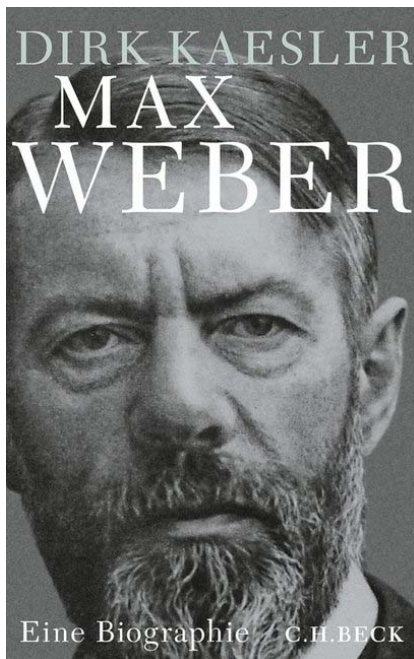
Das Schlusskapitel bietet dann eine umsichtige Diskussion von James' Beitrag zu einem post-säkularen Liberalismus. Über James hinaus geht hier das Plädoyer für ein „deliberatives“ (auf Diskurspraktiken aufgebautes) Demokratiemodell, das nach Honnacker eine angemessene Integration religiöser Stimmen in den Prozess der öffentlichen Erörterungen am besten gewährleistet. Den argumentativen Zielpunkt der Untersuchung (die im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Theologie als Wissenschaft“ entstanden ist) bildet der bedenkenswerte „Entwurf einer pragmatistischen Theologie“. In der Tat muss es der Theologie ja darum zu tun sein, ihren Status als „Wissenschaft“ zu problematisieren. Den Weg zu einer erfahrungsbasierten theologischen Reflexionskultur – als „Glaubenslehre“ – hatte bereits Schleiermacher gewiesen. James und viele andere, etwa Ernst Troeltsch, haben die damit formulierte Aufgabenstellung bis in die Gegenwart hinein wirksam gehalten. Honnacker steht mit ihrer Idee einer „pragmatistischen Theologie“ in dieser Tradition, aktualisiert dabei aber das Problembewusstsein auf sehr ansprechende Weise. Forderungen an die Rezeptionsbereitschaft und Inklusionsfähigkeit des öffentlichen Diskurses zu stellen, geht eben nur dann noch an, wenn man sich zugleich über die Pflichten und Bürden im Klaren ist, die in einer pluralistischen Situation auch dem Religiösen zukommen. Sie müssen von ihm verständig und, nicht zuletzt sprachlich, angemessen getragen werden.

Berlin

Matthias Wolfes

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2/2015**Dirk Kaesler: Max Weber. Preuße, Denker, Muttersohn. Eine Biographie.**

München: C. H. Beck, 2014, 1007 S., 77 Abb., ISBN: 978-3-406-66075-7



Ein systematisches Studium der Schriften Max Webers gehört seit längerem zu den Aufgaben, denen sich Soziologen, Kulturwissenschaftler und Wissenschaftshistoriker diverser Disziplinen nicht entziehen können. Dabei bieten die Arbeiten des 2009 emeritierten Marburger Soziologen Dirk Kaesler eine wichtige und vielfach in Anspruch genommene Hilfestellung. Er hat größere und kleinere Einführungen, zahlreiche Forschungsbeiträge im engeren Sinne und auch einzelne Editionen, besonders der „Protestantischen Ethik“ (München 2004), veröffentlicht. Die nun erschienene eintausendseitige Biographie stellt eine Art Summe der jahrzehntelangen intensiven Auseinandersetzung mit Weber dar.

Zu Recht ist das Buch unmittelbar nach Erscheinen von allen Seiten gelobt worden. Es ist ein exzeptionelles Werk und kann der Lektüre nur empfohlen werden. Allerdings muss man viel Geduld aufbringen, denn alles wird sehr sorgfältig und umfassend dargelegt. Schon die familiäre Vorgeschichte (Kap. 2) bietet Kaesler die Gelegenheit, ein

breites bürgerumsgeschichtliches Panorama zu entfalten. Um den „kleinen Max“ und seine frühe Kindheit geht es, nachdem man ihm zuvor als Spielkind in der Erfurter Mietwohnung begegnet war, erst ab Seite 137.

Diese Breite ist ohne Zweifel eine Stärke des Buches. Von dem Leser wird dabei ein Interesse erwartet, das über die unmittelbare Lebensgeschichte hinausgeht und sich auch auf Herkunftsbedingungen, soziales Umfeld und die Gegebenheiten des wissenschaftlichen und politischen Wirkungsfeldes bezieht. Der Kenntniskern ist dafür beträchtlich. So wird etwa die Person des Vaters, Max Weber senior, im Detail porträtiert, eines Juristen und Kommunalpolitikers, der zum Führungskreis der Nationalliberalen Partei gehörte und während mehrerer Wahlperioden Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstages gewesen ist. Kaeslers Darstellung des häuslichen Milieus bietet zahlreiche Anhaltspunkte, um verstehbar zu machen, woher die Motive stammen, denen Weber seine Lebensarbeit gewidmet hat.

Die Lektüre gleicht über weite Strecken einer Abenteuerreise. Kaesler versteht es, die ja von Anfang an ziemlich mehrdimensionale Biographie Webers zu erzählen. Die einzelnen lebensgeschichtlichen Stationen, die zum Teil recht komplizierten personalen Bindungen (an die Mutter, den Vater, die Geschwister, die Ehefrau, die Geliebten, an Kollegen, Förderer und Schüler, an die politischen Weggefährten und auch die große Schar von Widersachern, die sich einstellten, wo immer Weber das Feld betrat), das depressive Moment, die Krankheitsgeschichte, der Wiederaufstieg und Höhenflug der Jahre vor 1914 mit den in erhebliche Weiten ausgreifenden Abhandlungen und Projekten, die Verwicklungen in den politischen Streit, schließlich auch die in ihrer Vielschichtigkeit maßlos anmutende Zeit der letzten Lebensjahre – Kaesler hat alles im Blick. Wer etwas über Webers Finanzlage und Einkommensverhältnisse wissen möchte, wer sich für seine Russischkenntnisse interessiert oder dafür, weshalb Weber bestimmte Autoren und Gesprächspartner nicht zitiert, der wird hier

aufgeklärt. Andererseits verfügt Kaesler über ein ausgeprägtes Gespür für die richtige Schwerpunktsetzung. Im Mittelpunkt stehen die Themen „Genese des modernen Kapitalismus“ und „Rationalisierung“. Das sind genau die beiden Aspekte, derentwegen Weber heute für viele der soziologische Klassiker schlechthin ist.

Nun kann allerdings, so bedeutend Kaeslers Leistung auch ist, ein Kritikpunkt nicht unterdrückt werden. Die Entscheidung, dem Leser – anders als Weber – keine „Fußnotenschwulst“ auferlegen zu wollen, ist ein schwerer Missgriff. Die Begründung dafür (die Fundorte seien, „soweit die herangezogenen Quellen elektronisch zugänglich sind, unschwer zu ermitteln“, S. 937) ist völlig untauglich und lässt sich nicht nachvollziehen, und zwar nicht nur deshalb, weil in großem Umfang auch Material verwendet wird, das nicht „elektronisch zugänglich“ ist. Kaesler entmündigt den Leser, indem er ihn faktisch von sich abhängig macht. Er ignoriert aber auch elementare Prinzipien des wissenschaftlichen Ethos. Er gibt seiner Darstellung keinen objektiven Unterbau. Eine Symmetrie zwischen Autor und Leser wird unmöglich. Zum dritten aber verzichtet er mit diesem unüblichen Verfahren auf ein wesentliches Element der Forschungsförderung. Den ihm gegenüber geäußerten Vorschlag, den Nachweisapparat nachzutragen, etwa auf seiner ansonsten sehr intensiv gepflegten Internetseite, hat Kaesler nicht aufgegriffen. So bleibt nur übrig, zu bedauern, dass dieses gewichtige Buch eben auch seine groteske, ja empörende Seite hat.

Berlin

Matthias Wolfes

ARCHIV
DES
LIBERALISMUS

in Kooperation mit

 recensio.net